



Wortprotokoll

der 171. Sitzung vom 22. März 1978

Resoconto integrale

della seduta n. 171 del 22 marzo 1978

VII. Legislatur
VII Legislatura
1973 - 1978



SEDUTA 171. SITZUNG

22. 3. 1978

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 267/78: »Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 1978« (Discussione generale)

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 267/78: »Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1978« (Generaldebatte)

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. Prof. Decio MOLIGNONI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.45 UHR

(Appello nominale — Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Comunicazioni della Presidenza: hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Mitolo e Nicolodi, nonché l'Assessore Benedikter.

Continua la discussione generale sul disegno di legge provinciale n. 267/78: «Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 1978».

»Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1978«.

La parola al consigliere Stecher.

STECHER (KPI): Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Abgeordnete! Mein Fraktionskollege Gouthier hat bereits gestern unsere wesentlichen Grundsatzanschauungen zur allgemeinen, vor allem lokalen Situation dargelegt. Bei dieser Gelegenheit wurde deutlich auf die ernste lokale Situation sowie auf die dramatische Situation Italiens hingewiesen. Er wies darauf hin und ließ durchblicken, wie unumgänglich notwendig es heute ist, in dieser dramatischen Situation ein neues, gewandeltes Klima der Solidarität zu schaffen, um die Wahrung und Sicherung der öffentlichen Institutionen und Rechte der Bürger zu garantieren. Es geht darum, neue politische Voraussetzungen zu schaffen und durch eine neue Politik die Notstandssituation des Landes zu überbrücken: eine neue Politik für die Garantie der öffentlichen Sicherheitsordnung sowie eine Politik der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung und eine neue Politik zur Sparsamkeit des Landes; eine Politik, die den erforderlichen und breiten Willen der arbeitenden Menschen allgemein erweckt und Rechnung trägt, damit auch der politischen Führung des Landes jenes Vertrauen entgegengebracht wird, an dem es bisher gefehlt hat. Das Vertrauen und die Solidarität, Elemente, welche die Vorbedingungen und die schöpferischen Initiativen eben dieser Massen sind. Die breiten Massen der Bevölkerung Italiens haben in diesen Tagen wie selten zuvor

unterstrichen, wie ernsthaft sie es mit den öffentlichen demokratischen Einrichtungen meinen und wie entschieden sie die kriminellen, barbarischen Anschläge auf die demokratischen Einrichtungen zurückweisen und auf das schärfste verurteilen. Die in- und ausländischen kriminellen Kräfte versuchen, mit ihren schweren Verbrechen vor allem den demokratischen Einrichtungen einen schweren Schlag zu versetzen.

Wir haben bereits betont, daß das Land derzeit eine delikate Phase seines Werdeganges durchmacht. Heute mehr denn je müssen die demokratischen Institutionen verstärkt und ausgeübt werden. Ausgebaut im Vertrauen, aber vor allem, um neue Voraussetzungen zu schaffen, um die gegenwärtige untragbare Situation zu ändern. Eine Situation, in der eine Gemeinschaft, und zwar nicht allein der Werktätigen zur Gänze die Opfer und Lasten zu tragen hat, während Milliardäre und Spekulanten sich drücken können. Es braucht eine neue Mobilisierung, um die Gesundung des öffentlichen Lebens herbeizuführen und damit eine neue Art des Regierens erzielt wird. Wir kennen alle die wirtschaftliche, soziale und politische Situation, die sich von Jahr zu Jahr verschlechtert hat. Wir haben es deshalb auch nunmehr als wichtig empfunden, bei dieser Debatte, die wir derzeit abwickeln, auf einige dieser Situationen und Probleme hinzuweisen. Allerdings hat man hier in diesem Landtag in der Vergangenheit diese Tatsachen und Wirklichkeiten in ihrer Tragweite nicht immer wahrhaben wollen. Die Ölkrise vom Jahre 1973, auf die sich der Landeshauptmann Magnago in seinem Bericht bezogen hat, hat unbestreitbare neue Verhältnisse und sicherlich große Schwierigkeiten für viele Länder geschaffen. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß gewisse Länder und deren Regierungen sich dessen nicht bewußt wurden und nicht die dementsprechenden, aus der damaligen Situation notwendig gewordenen Schlüsse gezogen haben und neue Voraussetzungen geschaffen haben. Die Krise hat sicherlich eine große Belastung für manche Länder mit sich gebracht. Aber, man will noch nicht erkennen, daß es weiters eine Reihe von Krisenfaktoren einer verfehlten Wirtschaftspolitik gibt. Hier gäbe es viele Beispiele aufzuzählen: die verfehlte Agrarpolitik in Italien. Und so wäre eine Reihe anderer aufzuzeigen. Viele dieser Probleme haben wir bereits in der Vergangenheit aufgezeigt.

Und dabei hat man uns als unglaublich und als Pessimisten hingestellt. Und gerade Sie, Herr Landesauschußpräsident, haben in der Vergangenheit unsere diesbezüglichen Erkenntnisse und Weitblicke gerne als Lamento abgetan. Wir sind überzeugt, daß sich auch von seiten der Regierungsbänke, was auch die Situation Südtirols anbelangt, größere und breitere Horizonte entwickeln und erschließen müssen, wenn man nicht hinter der Realität und der politischen Entwicklung nachhinken will. Wenn die allgemeine Situation ernst ist, so ist die lokale Situation alles eher als sorgenlos. Man kann nicht von einer wirtschaftlichen Notsituation sprechen, das hat gestern deutlich mein Fraktionskollege Gouthier betont, wohl aber von einer politischen Notsituation, die sich in den letzten Wochen immer deutlicher gezeigt hat. Na, ja, da gibt es Kräfte, die der Realität offen in die Augen schauen, und es gibt auch Leute, die bei ähnlichen Situationen der realen Situation ausweichen wollen. Wir haben eine Notsituation, nicht eine Situation der Sechzigerjahre, aber immerhin eine sehr ernsthafte, die die gesamte demokratische und autonomistische Entwicklung sehr hemmen und sogar kompromittieren kann, die vor allem das friedliche Zusammenleben zwischen den Sprachgruppen weitgehend beeinträchtigen und trüben kann. Mein Fraktionskollege Gouthier hat gestern diesbezüglich einige klare Gefahren aufgezeigt.

Die Autonomie wird ihre Effizienz vor allem dadurch stärken, das dürfen wir niemals vergessen, insofern man imstande ist, unter den Sprachgruppen das vorhandene Mißtrauen noch weiter abzubauen, ein größeres Verständigungsklima zu schaffen und eine größere gegenseitige Kooperation herzustellen. Es kann nicht verschwiegen werden, heute sind innerhalb und außerhalb Südtirols Kräfte am Werk, das in den letzten Jahren sich weitgehend verbesserte Klima neuerdings zu vergiften. Gegenüber diesen Gefahren kann man sich politisch nicht so verhalten, als wäre in dieser Beziehung alles in bester Ordnung. Im Bericht des Präsidenten des Landesausschusses Dr. Magnago ist diese problematische Frage und das Problem des friedlichen Zusammenlebens leider mit wenigen Zeilen abgetan worden. Wir haben den Eindruck, daß man heute der gefährlichen Situation nicht offen in die Augen schauen will. Es wurde schon gesagt, daß sich in der Öffentlichkeit eine gewisse Unsicherheit breitgemacht hat. Es ist innerhalb gewisser Bevölkerungskreise ein nicht zu unterschätzendes Unbehagen und somit ein Vertrauensschwund gegenüber der neuen Autonomieeinrichtung feststellbar, das nationalistische Kreise und verantwortungslose Politiker zum Anlaß nehmen, noch mehr Zwietracht zu säen. Alle kennen wir die falschen und wirklichkeitsfrem-

den Pressenachrichten, die wir klar und mit aller Schärfe verurteilt haben. Zudem kann nicht verschwiegen werden, daß es öffentliche politische Mandatare einer Partei gibt, die heute schon in Erklärungen und Berichten die Autonomieeinrichtung in Frage stellen. Mandatare, die, wie man weiß, einer Partei angehören, die bei der Anwendung und Verwirklichung der Autonomie in Südtirol die Hauptverantwortung trägt. Und das alles kann man nicht verschweigen. Diese Namen, diese Berichte kann man offiziell in den Zeitungen lesen können. Damit aufgrund dieser Mandatare, wollen wir absolut nicht sagen, daß wir die gesamte Partei, der sie angehören, auf dieselbe Ebene stellen. Hinter diesen zwielichtigen Machenschaften verbergen sich sicherlich persönliche und ehrgeizige Ziele, aber es ist unbestreitbar, daß dahinter eine unverantwortliche antiautonomistische Ausrichtung steckt. Bei diesen Manövern scheut man auch nicht davor zurück, den verworfenen Nationalismus und den abgedroschenen Antikommunismus aufzuwärmen. Und was der Antikommunismus anbelangt — es tut mir leid, daß der Abgeordnete Erschbaumer nicht anwesend ist, — so hat Erschbaumer der Südtiroler Volkspartei in Frage Antikommunismus gestern praktisch Inkohärenz vorgeworfen. Er hat ganz offen den Eindruck erweckt, als möchte er die Südtiroler Volkspartei aneifern, diesen Antikommunismus auf die gesamte Südtiroler Volkspartei auszudehnen. Denn wir wissen auch, daß es innerhalb der Südtiroler Volkspartei Kräfte gibt, die sich für einen sachlichen Dialog mit kommunistischen Kräften einsetzen. Es tut mir leid, daß der Abgeordnete Erschbaumer abwesend ist.

Ich möchte folgendes sagen. Der Abgeordnete Erschbaumer hat noch nicht verstanden, daß diese antikomunistische Propaganda gewisser Kreise und Parteien sich gegen die gesamte fortschrittliche Bewegung in Südtirol richtet.

Ich habe bereits betont, daß man im Bericht des Präsidenten des Landesausschusses sachliche lokale politische Analyse vermißt. Ein Bericht also, wie wir gestern schon gesagt haben, der nicht in die Zukunft gerichtet ist, sondern vielmehr eine retrospektive Bilanz zum Koalitionsprogramm ist. Angenommen, das Regierungsprogramm wäre in allen Punkten durchgeführt worden, was jedoch lange nicht zutrifft, ergibt sich aber auch die Frage, wie dieses Programm verwirklicht worden ist. Ich glaube, bezeichnend sind einige Kritiken, die gestern Frau Abgeordnete Franzelin gemacht hat, vor allem auf dem Sozial- und Fürsorgegebiet. Sie hat der Mehrheit einige Kritiken nicht erspart. Abgesehen davon, daß wir vor vier Jahren das Koalitions-Regierungsprogramm als unzureichend und nicht den Anforderun-

gen entsprechend angesehen haben, was sich auf einigen Gebieten klar bestätigt, so hat man unseres Erachtens eine nicht ausgewogene Investitionspolitik vorgebracht, die den Schwerpunkt auf gewisse Prioritätsprobleme hätte legen sollen. Aufgrund der gegenseitigen Machtaufteilung innerhalb der Koalitionsparteien und selbst aufgrund der irrationellen Verteilung der Zuständigkeitsbereiche an die Vielzahl der Landesassessoren, all das hat dazu beigetragen, daß in der gesamten Ausrichtung nicht die nötige Funktionsfähigkeit und Einheitlichkeit erreicht wurde und den gesamten Führungsapparat noch schwerfälliger gemacht hat als er schon war. Das hat auch dazu beigetragen, daß die Landesregierung keine einheitliche politische Leitung und Ausrichtung hat. Es wurde schon etwas gesagt: der Landesausschuß ist aus verschiedenen Fürstentümern zusammengesetzt. Die Kontrolle läßt alles zu wünschen übrig, eben weil es keine Einheitlichkeit gibt. Diese Politik hat sich auf dem gesamten Gebiet der Sparsamkeit und der Funktionsfähigkeit negativ bemerkbar gemacht.

Enorme Lücken und Verspätungen gibt es auf dem Gebiet der Gesetzgebung. Obwohl man schon seit Jahren auf manchen Gebieten die Kompetenzen hat, war man nicht imstande, auf diesem Gebiete organische und einheitliche Gesetze zu erlassen. Der Landeshauptmann hat die Vielzahl der in den letzten Jahren erlassenen Gesetze erwähnt. Gewiß, darunter gibt es einige wichtige, fundamentale Gesetze. Wenn wir auch mit diesen Gesetzen nicht immer einverstanden waren, ein Großteil jedoch ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung, und viele von diesen Gesetzen sind Flickgesetze, die die Gesetzgebung auf den verschiedensten Bereichen noch verwirrter, komplizierter und unvollständiger gestaltet haben. Dazu hat man versprochen, auch anlässlich der Haushaltsdebatte des vorigen Jahres, in den nächsten Monaten einige Gesetze vorzulegen, Gesetze, die leider noch nicht in diesen Landtag gekommen sind. Es sind nur noch wenige Monate bis zur Auflösung dieses Gremiums, und man muß alle Zweifel haben, daß einige dieser Gesetze überhaupt noch kommen, und wir möchten nicht, daß einige Gesetze im letzten Abdruck gebracht werden und einfach in diesem Hause dann auf die übliche Weise durchgeschleust werden.

In den letzten Jahren hat sich immer deutlicher gezeigt, daß die Landesregierung auf eine zentralistische Politik wartet, anstatt aufgrund der neuen Befugnisse den Gemeinden und Lokalkörperschaften mehr Mitspracherecht und mehr Befugnisse einzuräumen. Statt dessen ist man dazu übergegangen, gewisse Befugnisse sogar einzuengen. Diese gefährliche Tendenz der Zentralisierung hat sich in den letztthin verabschiedeten Gesetzen besonders bestä-

tigt. Hier hat sich die Landesregierung die alte, verworfene zentralistische Tendenz der Zentralregierung zu eigen gemacht. Stattdessen hätte eine allgemeine Dezentralisierung vorgebracht werden sollen. Eine Dezentralisierung, die nicht bei den Gemeinden halt macht, sondern weitergeht. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf. Und wenn man wirklich demokratisch die Bevölkerung an der Mitgestaltung, an die Mitbefragung teilhaben lassen will, dann braucht es unbedingt eine breitere Dezentralisierung.

Das sich hinter dieser zentralistischen Politik politische Parteimachenschaften verbergen, wird so manchem Bürger immer deutlicher. Es ist nicht verwunderlich, daß eine Reihe von Bürgermeistern und Gemeinderäten dieser Entwicklung mit großer Besorgnis entgegensehen. Sie begreifen nämlich immer mehr, was es bedeutet, die Gemeindeautonomie in ihrem Inhalt auszuhöhlen.

Wie wir schon öfters bemängelt haben, fehlt es in Südtirol immer an einer sachlichen, konkreten und langzeitlichen allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und vor allem an einer Programmierung. Aufgrund dessen darf man sich dann auch nicht wundern, wenn die öffentlichen Gelder nicht einer Planpolitik entsprechend vorgesehen und ausgegeben werden. Die Aufteilung der öffentlichen Gelder erfolgt bestimmt nicht immer rationell. Als Beispiel sei nur auf diesen Haushaltsplan verwiesen. Und auch hier ist wieder eine enorme Summe vorgesehen. Wieviele enorme Summen wurden für die Errichtung von Forst- und Waldstraßen ausgeworfen. Es sei nebenbei bemerkt, daß Forststraßen in unseren Wäldern oft vier bis fünf Meter breit sind, Straßen, die absolut nicht immer notwendig gewesen wären. Es muß noch berücksichtigt werden, daß enorme Summen aufgewendet werden müssen, um diese Wege in der Zukunft zu erhalten, abgesehen davon, daß einige dieser Wälder wirklich zugrunde gerichtet worden sind: im Abstand von einigen hundert Metern hat man eine Straße um die andere durchgezogen, obwohl man genau weiß, daß die Schlägerungen, besonders in den Berggebieten, nur alle achtzig oder hundert oder noch mehr Jahre vorgenommen werden. Es handelt sich um Waldwege, die in vielen Gebieten wirklich unnützlich gebaut worden sind. Dies zeigt - man könnte noch andere Beispiele erwähnen -, daß Sparsamkeit und Prioritätsausgaben nicht immer am Platze waren und nicht immer berücksichtigt worden sind.

Wir wissen, es gibt noch einen großen Mangel an Schuleinrichtungen, an sozialen Fürsorgeneinrichtungen. Wir alle kennen den enormen Wohnungsmangel. Sparsamkeit bedeutet vor allem aber auch: besser und genauer zu planen, damit es nicht vorkommt, wie es bereits passiert ist, daß man Brück-

ken erstellt, und erst dann, wenn sie erstellt worden sind, kommt man darauf, daß sie zu tief erstellt worden sind, so daß sie die Wassermengen nicht schlucken können. Dies ist bei einer Brücke zwischen Auer und Branzoll passiert, um genauer zu sein. Man hat auch Straßen ohne die erforderlichen Stützmauern gebaut. Und man hat Aufschüttungen vorgenommen: man hat es aus 16 Kilometer Entfernung herbeigeschafft - um in diesem Falle klar zu sein - ,man hat Material von der Laimburg bis nach Gschnon hinaufgeschafft, um Aufschüttungen vorzunehmen, obwohl man bereits von vornherein gewußt hat, daß beim ersten Regen diese ganze Masse weggeschwemmt wird. Man hat es vor allem unterlassen, entsprechende Grundmauern zu bauen. Und es könnte eine ganze Reihe solcher Beispiele angeführt werden, die erkennen lassen, daß man wirklich nicht sparsam und planmäßig vorgegangen ist, um die Ausgaben entsprechend zu sehen.

Es werden heuer im Haushaltsplan beinahe 400 Milliarden Lire für Ausgabenposten vorgesehen. Das bedeutet, wie schon gestern gesagt wurde, fast 900.000 Lire pro Kopf. Und hier muß man sich ganz offen die Frage stellen, wie diese Gelder im Proporz und zu den sozialen Schichten verteilt werden, und wie diese Gelder in der Vergangenheit verteilt worden sind. Hier gibt es krasse Unterschiede. Es gibt Schichten, die ständig die Möglichkeit hatten, aus dem öffentlichen Geldbeutel zu schöpfen, während andere Schichten, die es besonders notwendig gehabt hätten, davon wenig gespürt haben. Ebenfalls in der allgemeinen Geldaufteilung muß gesagt werden — abgesehen davon, daß wir mit dem Aufteilungsschlüssel bei der Zuweisung der Gelder an die Gemeinde nicht einverstanden sind —, daß man wirklich nicht entsprechend den Bedürfnissen in dieser Beziehung gehandelt hat. Es gibt Gemeinden — besonders jene Gemeinden, das kann hier nicht verschwiegen werden, in denen es Landesingenieure und Landesassessoren gibt —, denen mehr Geldmittel zugeflossen sind als anderen Gemeinden.

Im Bericht des Landeshauptmannes wurde auch die Industrie als wichtiger Pfeiler unserer Wirtschaft bezeichnet. Dem möchte ich aber hinzufügen, daß eine größere Industrialisierung Südtirols nicht nur deswegen angestrebt wurde, weil in der Landwirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte frei wurden die, eine neue Beschäftigung brauchten, sondern auch, weil die Industrie in der wirtschaftlichen Entwicklung der heutigen Gesellschaft eine vorrangige Stellung einnimmt und mit der Entwicklung aller anderen Wirtschaftssektoren eng zusammenhängt. Denn kein einziger Wirtschaftssektor kann für sich allein und isoliert von den anderen Sektoren soziale Sicherheit, genügend Arbeitsplätze, den wirtschaftlichen Fortschritt und die Erzeugung aller lebensnot-

wendigen Güter garantieren. Es ist daher unerlässlich, daß alle Wirtschaftszweige, von der Landwirtschaft bis zu den Dienstleistungen ein ausgewogenes Verhältnis zueinander haben und in ihrer Wechselwirkung die soziale und wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität des Landes garantieren. Wir können nicht damit zufrieden sein, daß in einzelnen Fällen Krisen verschiedener industrieller Betriebe auch positiv gemeistert wurden, sondern wir müssen uns fragen, ob auch von seiten der Landesregierung alles unternommen wurde, um eine umfassendere wirtschaftliche Sanierung vorzunehmen. Das heißt, ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm zu entwerfen und zu verwirklichen, die Produktionsbasis zu erweitern, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und die notwendigen neuen, in der Industrie und in den anderen Sektoren zu schaffen. Es stimmt sicherlich, daß in den Großbetrieben der Bozner Industriezone zahlreiche Arbeitsplätze einfach dadurch verloren gingen, weil die ausscheidenden Arbeiter nicht mehr ersetzt wurden. Dies führte zu einer objektiven Schrumpfung der Betriebe. Wir müssen auch diese Erscheinung im Auge behalten, nicht nur die dramatischen Fälle von Betriebsreduzierung oder -schließung. Im übrigen müssen wir feststellen, daß der mittleren und kleineren Industriebetriebe in den Tälern, in den sogenannten peripheren Industriezonen in letzter Zeit sehr mühsam und langsam vorangegangen sind. So wie die Dinge sich anbahnen, können wir alles eher als optimistisch sein. Was die Lösung der Betriebskrisen anbelangt, so stimmt es sicher, daß die meisten Arbeitsplätze erhalten werden konnten und eine brauchbare Lösung gefunden wurde. Es gab aber auch Fälle, wo ein ganzer Betrieb über Nacht einfach verschwunden ist, so der Betrieb Adsorbens in Lana erst jüngst. Andere Betriebe, die sich in Südtirol ansiedeln wollten, haben davon aus verschiedenen Gründen Abstand genommen. Überdies wissen wir, daß ganze Sektoren in einer schweren Krise stecken, so zum Beispiel der Textilsektor. Und ich möchte darauf hinweisen, daß auch in der Baumwollspinnerei Bozen die bestehenden Arbeitsplätze nicht gehalten werden konnten, wenn man bedenkt, daß in den letzten Monaten zahlreiche Arbeiterinnen — freilich freiwillig — den Arbeitsplatz verlassen haben und der neue Betrieb nur mehr einen Bruchteil seiner ehemaligen Beschäftigung garantieren kann. Erinnern wir uns daran, daß die Baumwollspinnerei noch vor Jahren 400 Arbeiterinnen beschäftigte, durch ihre Umstrukturierung und durch den Neubau in der Industriezone aber nur mehr 70 Belegschaftsmitglieder haben wird. Wohl aber konnten auf Drängen der gewerkschaftlichen Organisationen Arbeitsplätze für die restlichen Arbeiterinnen gefunden werden. Das möchten wir ganz klar unterstrei-

chen. Diese Operationen sind nicht immer so ohne weiteres und so leicht vor sich gegangen.

Es geht bei der Industriepolitik in unserem Lande wohl nicht nur um die Ausweisung von neuen Baugründen für die Industrieansiedlungen und um die Unterstützung privater Initiativen, sondern um wesentlich mehr. Es geht darum, daß dem riesigen Aufwand von öffentlichen Mitteln zugunsten der industriellen Entwicklung in unserem Lande auch tatsächlich soziale und wirtschaftliche Garantien entsprechen, und daß die Entwicklung der Wirtschaft in Südtirol nicht nur den sogenannten spontanen Initiativen überlassen wird, sondern daß die öffentliche Hand programmatisch und planmäßig in die Entwicklung eingreift. Erst dann werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Arbeitskonflikte, wie sie öfters entstehen, eine positive Lösung erfahren.

Es wurde im Bericht des Präsidenten des Landesausschusses weiters gesagt, daß die Gewerkschaften eine wichtige und unersetzliche Aufgabe zu erfüllen haben und in Südtirol eine gemäßigte Haltung an den Tag gelegt haben als in anderen Gebieten. Daß nun die Gewerkschaften eine unersetzliche und wichtige Aufgabe zu erfüllen haben, ist wahr und unbestreitbar. Ob sie in Südtirol gemäßiger waren als in anderen Regionen oder nicht, ist hingegen eine Frage zweitrangiger Bedeutung. Entscheidend ist, ob die Probleme der Arbeiter durch den Einsatz der Gewerkschaften gelöst werden können, ob Konflikte, die unvermeidlich sind, solange es einen Interessengegensatz zwischen den sozialen Klassen gibt, in einer vernünftigen Form beigelegt werden können, oder ob der einzige, der bezahlen muß, der Werktätige alleine ist. Die Arbeitskonflikte können in Südtirol um so leichter gelöst oder auch vermieden werden, je größer die Möglichkeiten sind, den Interessen in der Arbeiterschaft in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor, im Handel und im Fremdenverkehr zu entsprechen. Wenn die wirtschaftliche und soziale Lage in Südtirol weniger dramatisch als in anderen Regionen - was ich schon sagte, sie kann nicht als dramatisch bezeichnet werden, - so dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß die Krisenerscheinungen um Südtirol keinen Bogen machen, sondern auch auf unsere Wirtschaft einwirken, und daß daher die Sicherheit für die Zukunft auch in dieser Hinsicht alles eher als für immer garantiert ist. Deshalb ist der größtmögliche Einsatz der Landesregierung nötig, um programmatisch planmäßig zu intervenieren, um so größeren wirtschaftlichen und sozialen Spannungen in unserem Lande vorzubeugen. In diesem Sinne ist es notwendig, daß die sozialen Dienstleistungen geschaffen werden, daß die Werktätigen und Ange-

stellten in Südtirol immer mehr zu einer treibenden Kraft der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Entwicklung des Landes werden. Gleichzeitig müssen noch zahlreiche neue Stellen, nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern vor allem in der Industrie geschaffen werden, um der gesamten Bevölkerung eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten. Dies gilt hauptsächlich für die Jugendlichen. Es sind heute verhältnismäßig wenige Jugendliche, die keinen Arbeitsplatz finden. Aber es muß gesagt werden, und es muß zugegeben werden, daß auch die 600 Jugendlichen - die Zahl ist wesentlich höher -, die keine Beschäftigung haben, für unser Land trotzdem zu viel sind, und daß wir keine Sicherheit haben, daß es in Zukunft nicht viel mehr sein können. Und gerade von der Lösung dieser Frage wird das soziale Klima in Südtirol ganz bestimmt abhängen.

Und zuletzt, um zum Abschluß zu kommen, folgendes. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft sind im Laufe der Jahre unbestreitbar viele Milliarden zur Verteilung gelangt, unseres Erachtens zwar nicht immer zweckentsprechend und vor allem nicht nach Entwicklungs- und Bedürftigkeitskriterien. Man kann in Südtirol nicht allgemein von einer Abwanderung der Bergbauern sprechen. Das stimmt. Jedoch kann und darf man nicht verschweigen, daß eine beträchtliche Anzahl von Bergbauernhöfen dem sogenannten Ausverkauf Südtirols bereits zum Opfer gefallen sind. Das ist allgemein verbreitet in Südtirol. Es kann ebenso nicht verschwiegen werden, daß es heute eine beträchtliche Anzahl von kleinen Bergbauern gibt, die vor dem Dilemma stehen, aber dabei keine Alternative einer anderen Erwerbsquelle sehen. Das Territorium ist zu klein, wohin sollen die Bauern gehen? Sie stehen vor diesem Dilemma und haben keine andere Alternative. Man muß sich dieses Problems bewußt werden, um nicht in den gleichen Fehler zu verfallen wie seinerzeit in der Frage der Industrialisierung. Allzu spät, als bereits Tausende von Südtirolern ins Ausland abgewandert waren, hat man den Ernst der Situation erkennen müssen und demzufolge auch die verantwortlichen Männer und Parteien ihre politische Ausrichtung bezüglich der Industrialisierungspolitik haben abändern müssen. Heute, mehr als ein Jahr nachdem das Gesetz über die EG-Richtlinien erlassen worden ist und praktisch in Kraft getreten ist, ein Gesetz, das den besonderen wirtschaftlichen, strukturellen und geographischen Gegebenheiten des Landes nicht Rechnung trägt und, wie nicht von unserer Seite, sondern von jemandem anderen gesagt worden ist, das zu technokratisch und bauernfremd ist, sehen wir einige ernsthafte Auswirkungen dieses Gesetzes. Man muß auch von seiten der Abgeordneten der politischen Mehrheit heute erkennen, daß mit der Anwendung der erstellten EG-Richtlinien viele kleine

und mittlere landwirtschaftliche Betriebe große Gefahr laufen, verdrängt zu werden. Es wurde gestern gesagt, und die Stimme wird immer deutlicher und klarer: unsere kleinen, mittleren und Nebenerwerbsbauern sind in letzter Zeit zu typischen Stiefkindern degradiert worden. Wenn auch Abgeordnete der politischen Mehrheit diese Situation aufzeigen, dies vor allem, was die Nebenerwerbsbauern betrifft, so genügt das noch lange nicht, da noch gar nicht versucht worden ist, für diesen landwirtschaftlichen Bereich Vorkehrungen zu treffen und die finanziellen Subventionen und Beiträge vorzuschlagen und voranzutreiben. Der heurige Haushalt berücksichtigt dies nicht. Man muß sich jedoch wundern, daß diesbezügliche Initiativen im Haushaltsplan nicht vorgesehen wurden. Der landwirtschaftliche Auflösungsprozeß wird vor allem in den Berggebieten voranschreiten, wenn nicht finanzielle Sondermaßnahmen getroffen werden. Heute sind nämlich Tausende von Kleinbetrieben durch die bestehende Gesetzgebung von der öffentlichen Unterstützung und Subventionshilfe vollkommen ausgeschlossen.

JENNY (SFP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Behandlung der Bilanz des Jahres 1978 möchte ich vor allem auf den Bericht des Herrn Landeshauptmannes eingehen und in meiner ersten Stellungnahme einmal diejenigen Dinge erwähnen, die darinnen fehlen. Aus politischer Sicht stehen darinnen zwei Sätze, zwei Sätze allgemeiner Aussage, die eigentlich aus jeder populären Broschüre stammen können, in der man allgemein hinweist auf die Autonomie im Sinne der Volksgruppen. Es ist erstaunlich, und das ist der konkrete Punkt, mit dem ich beginnen will, daß in dieser Situation, in der nicht nur wir Abgeordnete, sondern die Bevölkerung dieses Landes, um es genau zu sagen, die Bevölkerungen dieses Landes immer mehr mit politischen Problemen konfrontiert werden, man in dieser Zeit die Bilanz — und scheinbar gewollt — nur als ein buchhalterisches Exempel präsentieren will: ein Rechenschaftsbericht, den jeder Gemeindegemeindefunktionär über ausgegebene Mittel geben könnte. Nun weiß aber jeder, und das weiß auch schon das Volk draußen, daß selbst in der Ausgabenpolitik ein entscheidendes politisches Moment liegt. Da kommen wir ja auf den Punkt zurück: daß die Prioritätenliste, und das weiß der Herr Dr. Magnago besser als ich, in den Ausgaben überhaupt das entscheidende politische Merkmal einer politischen Tätigkeit ist. Und deshalb möchte ich von diesem Aspekt ausgehen, wobei ich mich, um es übersichtlich zu machen, auf drei Punkte konzentrieren möchte.

Der erste Punkt ist eben die Situation des Bürgers — ich rede nicht vom Abgeordneten — verschiedener Sprachgruppen in dieser Provinz. Das zweite, und das ist eine Frage, ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, mir darauf konkrete Antworten zu geben, das zweite ist die Frage nach den politischen Zielsetzungen der jetzigen Landesregierung. Der dritte Punkt ist dann die Einstellung, die ich als Vertreter der sozialen Fortschrittspartei zur derzeitigen Politik der Landesregierung habe und vertrete.

Punkt eins, ich habe gesagt: die Situation aus der Sicht des Bürgers. Nun, ich will, wie gesagt, die Aufzählung der verschiedenen Sachgebiete auf eine weitere Intervention verschieben. Heute kommt es mir darauf an, zu fragen, warum man bewußt den politischen Teil dieser Aussagen auf zwei nichtssagende Sätze beschränkt hat. Die Situation, in der Südtirol sich heute befindet, ist nicht ohne Spannungen, und zwar aus verschiedensten Motiven. Erstens ist es ja nicht so, daß Südtirol ein isoliertes Gebiet außerhalb des italienischen Staates ist. Da möchte ich auch auf einen Denkfehler hinweisen. Es hat einmal der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Benedikter gesagt, bei einer Diskussion über das Fernsehen und den Rundfunk: daß die Südtiroler politisch in der Bundesrepublik und in Österreich leben. Diese Behauptung ist von seiten einer Politikerer ärztlich gesehen schizophoren, eine Bewußtseinsspaltung. Das ist etwas, was unlogisch ist. Entweder ist es eine rein demagogische Behauptung, oder es ist überhaupt ein Unsinn. Der Südtiroler lebt ja im Rahmen des italienischen Staates. Wir werden darauf zurückkommen bei den Fragen, die ich stellen werde hinsichtlich der Zielsetzung der Politik der Landesregierung.

ABGEORDNETER: (*unterbricht — interrompe*).

JENNY (SFP): Nein, nein, der ganze Zusammenhang, der war ja so: der Südtiroler lebt politisch in der Bundesrepublik und in Österreich, weil ihn die italienischen Dinge nicht interessieren. Das ist sozusagen die Behauptung des Irren, der im Irrenhaus sitzt und glaubt, er sei der Napoleon. Das ist eine Bewußtseinsspaltung. Wenn das aber politisch gemeint ist, dann ist es noch schwerwiegender, weil der Südtiroler, die Südtiroler Landesregierung und der Südtiroler Bürger, im Rahmen des italienischen Staates lebt, den italienischen Gesetzen gehorcht und, natürlich, diesem Staat angehört. Oder, es ist so wie beim Haschischraucher, der seine Paradiese außerhalb sucht. Jedoch, die Realität ist eine politische Realität. Da muß ich fragen, was solche Behauptungen wollen, oder es heißt, sie haben eine politische Zielsetzung, und das kommt bei Punkt

zwei. Der Assessor Benedikter? Der ist ja selten da, aber das macht nichts. Das ist eben das Interessante: er, der politisch in der Bundesrepublik und in Österreich sozusagen lebt, muß die meiste Zeit in Rom verhandeln. Das ist ja das witzige. Ob man wirklich Gott sei Dank sagen kann, das weiß ich nicht, das wird schon Achmüller besser wissen.

Nun, die Frage ist: in welcher Situation befindet sich heute Südtirol? Das sind ja Dinge, die Magno besser weiß als ich, weil er ja an diesen Dingen mitgestrickt hat. Das heißt, wir sind jetzt im Moment, wo die Autonomie des »Paketes«, des von der SVP und der italienischen Regierung mit Billigung des italienischen Parlamentes und Zustimmung einer breiten Front von Parteien verabschiedeten »Paketes«, in die Praxis umgesetzt wird. Wir wissen, daß noch einige Dinge fehlen. Es ist ja immerhin erstaunlich, daß wir die Diskussion über die fehlernden Dinge seit Monaten ausgesetzt haben, ich weiß nicht warum. Zuerst wurde ja die Fanfare geblasen, dann wurde sie wieder in die Mottenkiste verpackt. Doch das in Klammern. Wir sind bei der Anwendung dieses Statutes. Viele Dinge laufen. Man muß da, wie bei allen wichtigen Sachgebieten, eine gewisse Übergangszeit voraussehen. Aber, immerhin, die Bevölkerung und nicht nur der Abgeordnete, fragt sich langsam: was bringt mir die Autonomie? Was ist der Vorteil? Wo sind die konkreten Dinge, die der Bevölkerung zugutekommen? Natürlich wird die Bevölkerung auch informiert, und wir wissen, was da alles passiert. Wir haben in letzter Zeit eine immer stärkere Agitation erlebt, wonach also diese Durchführungsbestimmungen verzögert seien; in sehr vager Form hat man das immer gesagt, ohne Schuldige zu nennen. Eigentlich, der Hauptschuldige ist, glaube ich, aus dieser ganzen Agitation heraus, der italienische Staat. Also, es heißt, daß immer wieder Schwierigkeiten entstehen, daß immer noch neue Dinge dazukommen müssen, und daß aus römischer Sicht immer neue Schwierigkeiten gemacht werden. Merkwürdigerweise steht im Gegensatz dazu eine immer stärkere Präsenz, und das ist durchaus legitim, der Südtiroler Landesregierung auf lokaler Ebene. Denn, wenn wir heute schauen, auf welchen Gebieten die Region oder der Staat noch tätig sind, sind das an und für sich, gemessen an der Zeit vor zehn oder vor fünf Jahren, relativ kleine Gebiete. Die Provinz hat eine ganze Reihe von ganz konkreten Dingen bekommen. Nicht nur, daß sie sie bekommen hat, sondern sie werden ihr auch finanziert. Und auf diesen Aspekt werde ich noch zurückkommen. Das heißt, die Bevölkerung beginnt sich jetzt zu fragen — die Bevölkerung deutscher, italienischer und ladinischer Sprache —, welche konkreten Ergebnisse ihr diese Autonomie bringen soll. Da sind die Meinungen sehr kontra-

stierend. Und vor allem gibt es eine zunehmende Zahl von Deutschsprachigen — auf die Italiener werde ich noch im speziellen Masse zu sprechen kommen —, die eigentlich enttäuscht sind von der Anwendung dieser Autonomie. Denn, diese Autonomie drückt sich in einer Serie von zentralistischen Maßnahmen aus, die nur deshalb anders geworden sind, weil sie von Rom oder von Trient auf Bozen übergegangen sind. Doch, sie kommen in keiner Weise den Grundsätzen der Dezentralisierung, der volksnahen Verwaltung entgegen. Ich will nicht die dramatischen Dinge erwähnen. Aber, wenn zum Beispiel der Landeshauptmann zur Beschaffung von Baugrund die Karabinieri mobilisieren muß, so ist das schon ein Zeichen, daß hier von einer volksnahen Verwaltung nur mehr wenig übrig ist. Diese Kritik geht nicht nur von den Bürgern aus, sie geht ja auch sehr stark von den Gemeindeverwaltern aus, die ja auch immer wieder feststellen, daß die sogenannte volksnahe Verwaltung, die Autonomie, die Selbstverwaltung eines Teiles der Bevölkerung, eigentlich mehr oder weniger ein zentralistisches Verwalten im Landhaus darstellt. Wir finden dafür eine ganze Reihe von Beispielen. Das ganze bekommt noch einen ganz besonders negativen Anstrich, weil das ja praktisch parteipolitisch monoman ausartet. Es ist gestern bereits gesagt worden, daß zum Beispiel in den Verwaltungen, in den Talschaften usw., im Gegensatz zu den Grundsätzen, die die Autonomie bringen sollte, überhaupt keine Vertreter anderer Couleure drinnen sind. Das ist eine präzise Politik. Ich habe jetzt einige Beispiele genannt, Talschaften, Gemeinden: überall ist eigentlich ein klarer politischer Wille, sei es in ethnischer wie in politischer Hinsicht, eine bestimmte Zielsetzung durchzusetzen. Das muß bei der Bevölkerung, die an und für sich kritisch denkt — es gibt ja auch bei uns Leute, die kritisch denken können —, Beunruhigung auslösen. Diese Beunruhigung wird auch verschieden beantwortet. Es ist schon gestern über gewisse Aussagen gesprochen worden von italienischen Zeitungen und dergleichen. Interessanterweise hat man die Aussagen, die wir als gewählte Vertreter der Südtiroler, oder auch andere — es braucht einer nicht ein gewählter Vertreter zu sein, um seinen Mund aufzumachen, Gott sei Dank — gemacht haben, ignoriert. Als wir vor Jahren gesagt haben: diese Einseitigkeit einer bestimmten Mentalität, auch in der Durchsetzung von Verwaltungsmaßnahmen, ist etwas, was die Demokratie zutiefst tangiert und was Beunruhigung auslösen müßte, da hat man das ignoriert, weil es an und für sich Südtiroler waren, die das gesagt haben. Heute, da es andere Leute trifft, wo es zum Beispiel Teile der italienischen Bevölkerung trifft, oder diese zumindest den Eindruck hat, daß

man bestimmte Initiativen ergreift, mit denen man ihren politischen und ethnischen Raum einengen will, da kommt es zu Erklärungen. In unserem Presdienst ist darüber geschrieben worden, wir haben diese mißratenen Artikel in »Domenica del Corriere« klar verurteilt; aber wir müssen sie erkennen, ob man jetzt will oder nicht, als ein Zeichen der »Malaise«, als ein Zeichen der Beunruhigung. Es ist dann ganz gleich, inwieweit diese Beunruhigung vielleicht übersteigert ist, aber sie ist da. Man kann sie kritisieren, man kann sie verschieden beurteilen, aber sie ist da. Ich glaube, ich hoffe, daß der Herr Landeshauptmann diese Sache nicht einfach abtut wie eine uninteressante Sache. Denn, er vertritt in seiner Funktion ja den Lancia-Arbeiter genau so wie den Bauern in Pens. Sollte er das nicht tun, müßte er ja sofort von diesem Posten zurücktreten oder enthoben werden. Das ist ja ganz klar, denn das ist ja seine Funktion. Er ist Parteipolitiker in dem Masse, in dem er von einer politischen Partei vorgeschlagen wird. Aber, im Landhaus ist er ja der Vertreter jeglichen Bürgers, der hier in der Provinz ist. Und sehen Sie, wir als Südtiroler Opposition haben nie das Gefühl gehabt, daß Sie in dieser Hinsicht tätig sind. Sie sind ein Parteiischer: Sie haben die Verwaltung immer in den Dienst der Politik gestellt, rücksichtslos. Man kann das kritisieren. Man kann sagen: wer die Macht hat, der hat auch die Möglichkeit, das durchzusetzen. Aber Sie müssen sich nicht wundern, die Partei, die SVP darf sich nicht wundern, wenn immer mehr Leute in Südtirol, ob sie nun Deutsch oder Italienisch oder Ladinisch sprechen, dieser Machtkonzentration und dieser Anwendung der Macht mit Grausen entgegensehen. Ob es sich nun um die Dringlichkeitsbesetzungen gehandelt hat, ob es sich um die Durchsetzung von gewissen Maßnahmen gehandelt hat, niemals hat die Region oder der Staat so hart und brutal durchgegriffen wie die Südtiroler Volkspartei in der Anwendung gewisser Maßnahmen. Nachdem die Demokratie nach meiner Ansicht vor der Autonomie kommt, das heißt die Wahrung der Rechte des einzelnen und die Wahrung der Rechte der Gesellschaft wichtiger sind als alle anderen Werte, muß das die Leute, die darüber nachdenken, beunruhigen. Ob jetzt diese Dinge ein gewisses Maß von nationalistischem Hintergrund haben, ob sie provoziert wurden, wenn 900 Leute sich zu einer Unterschriftenaktion zusammenschlossen, so muß das beunruhigen: nicht deshalb, weil sie recht haben oder weil sie damit etwas bezwecken. Als Landeshauptmann, glaube ich, wäre es meine erste Aufgabe, zu ergründen, wieso es dazu kommt. Man kann nicht sagen, die sind alle in »malafede«. Das stimmt nicht. Wenn sie schlecht informiert sind, dann wäre es Aufgabe einer Landesregierung und einer maßge-

benden Partei, sie zu informieren. Damit, daß man den Journalisten klagt, ist es nicht getan. Die Information klagen ist, nach meiner Ansicht, überhaupt nur eine Situation der Diktaturen: man muß aufklären. Man kann jemanden verklagen, wenn er verleumdet. Wenn er Tatsachen bringt, so müßte man ihn zuerst aufklären. Es ist interessant, mit der Klage allein entbindet man sich der Pflicht, aufzuklären. Ich hoffe, daß Sie es getan haben. Von den vielen Leuten, die im Land herumwerkeln, hätte jemand einen Artikel schreiben müssen, an die Zeitung schicken müssen und klarstellen, was dort falsch ausgesagt ist. Ich habe das aus meiner Sicht getan, es ist nicht voll veröffentlicht worden. Doch ich glaube, das ist der richtige Weg. Die Tatsache, daß solche Dinge wachsen und gedeihen sind ja Zeichen einer Unruhe. Man kann nicht sagen, diese Unruhe ist unberechtigt, es ist alles verlogen. In den totalitären Staaten wird man eingesperrt, oder man kriegt eine auf die Goschn, und damit ist die Geschichte erledigt, aber in den demokratischen Gesellschaften ist das nicht der richtige Weg, um jenes Zusammenleben weiterzuentwickeln, das wir ja wollen.

Jetzt muß man aber fragen: will man das? Oder ist es vielleicht an und für sich für gewisse Kräfte ganz gut, daß wieder Frontstellungen entstehen? Ich sehe noch eine andere beunruhigende Entwicklung. Wer unsere Presse, unsere Monopolpresse liest, der findet ja eigentlich Tag für Tag ausgesuchte Leserbriefe; Sie wissen ja, die Leserbriefe sucht der Herr Dr. Toni Ebner speziell aus, ich weiß nicht, wieviele er sich bestellt, aber sie werden nach einem bestimmten, genauen Schema ausgesucht. Das ist genau so wie seinerzeit beim »Stürmer«, ich weiß nicht, ob die ältere Generation den »Stürmer« gelesen hat, dort galt dasselbe Prinzip: »Die Judensau muß gehängt werden«, wenn man das jeden Tag schreibt, dann hat das schon eine gewisse Breitenwirkung. Nach diesem Schema wird hier Tag für Tag eine Agitation betrieben. Das wird mir niemand ableugnen. Ich habe die Artikel nicht vorgelesen, denn mir kommt vor, das klingt so nach Belchrung, aber, wir kennen sie ja. Es wird Tag für Tag eine Agitation betrieben, zwei Ziele her: erstens den Staat als solchen; und zweitens den italienischen Staat, dazu kommt der Kommunismus. Aber, es ist meistens so geortet: Staat — Kommunismus — Walsche. Meistens bringt man das unter einen Hut, also walsche Kommunisten, die den Staat erobern. Obwohl diese Monopolpresse, angeblich, nicht der Südtiroler Volkspartei angegliedert ist, jedoch sicherlich sehr enge Beziehungen bestehen, die ich ziemlich genau kenne, frage ich mich, inwieweit zum Beispiel der Landeshauptmann, der ja, wie gesagt, nicht nur der Obmann der SVP ist, es nicht

notwendig finden würde, angesichts der Unruhe, die in weiten Kreisen der Bevölkerung über die Anwendung des Statutes, einmal klare Worte zu sprechen und sagen, was effektiv gewünscht wird, was gewollt wird. Die Agitation gegen den Staat, die ja permanent ist, kann vielleicht propagandistisch zählen. Die Meinung, die ich aus der SVP heraushöre, ist folgende: es ist ein morscher Staat, geben wir ihm einen Tritt. Darf ich es ganz offen sagen, es ist dieselbe Mentalität, die gewisse Extremisten verbreiten, deren Folgen wir ja heute zu spüren haben, die ja auch diesen »morschen« Staat ersetzen wollen.

Ich frage mich: hat das Ganze einen Sinn? Wer garantiert eigentlich die Autonomie? Darf ich das einmal zur Frage stellen? Darf ich das einmal aufs Tapet bringen? Die staatlichen Institutionen sind die Garanten für die öffentliche Ordnung. Nicht ihr von der Südtiroler Volkspartei garantiert diese Autonomie. Nein, nein, das geschieht im Rahmen einer klaren, staatlichen Ordnung. Daß in Italien der Staat schwach ist, daß er impotent ist usw., das ist ein anderes Kapitel. Aber, es ist sicherlich so, daß der Staat die Rechte des Bürgers garantiert, und auch die Durchführung und auch die Beachtung der autonomen Rechte. Das ist ja ganz klar. Niemals ist das der Südtiroler Volkspartei delegiert worden. Die lokalen Organe haben einen bestimmten Spielraum. Ich verstehe nicht, diese permanente Agitation, was für Ziele soll sie haben?

Jetzt komme ich zu Punkt zwei. Darf ich fragen, wann es zur Autonomie gekommen ist: ich hoffe, daß die Damen und Herren so viel Geschichtsbewußtsein haben, so daß sie sich erinnern, wie es zu dieser Autonomie gekommen ist. Man kann da sagen: aus verschiedenen Gründen. Ich will nicht weiß Gott wie weit zurückgehen. Wo ist diese Autonomie verabschiedet worden? In welchem Maße wurde die Autonomie für die Südtiroler Wirklichkeit, Herr Landeshauptmann? Mit dem Pariser Vertrag wurden bestimmte Ansätze internationaler Art gesetzt, aber Sie wissen, daß diese nicht genügt hätten, um im inneritalienischen Bereich diese Autonomie durchzudrücken. Darf ich in Klammern da etwas sagen: Sie und alle Ihre Propagandisten machen immer den Fehler, daß sie den Artikel zwei des Pariser Vertrages, wo man sagt »populations«, die Mehrzahl, mit »die Bevölkerung« übersetzt. Das ist ein schwerer Denkfehler. Das ist das Entscheidende, daß der Pariser Vertrag den »populations« — Mehrzahl, so viel Englisch können wir alle — gegeben worden ist. Wo ist die Verwirklichung gekommen? Die Verwirklichung der Autonomie im echten Sinne wurde dann möglich, als in Italien der sogenannte bürgerliche, zum Teil auch faschistische Zentralstaat, durch die Erfolge der Linken abge-

baut worden ist. Niemals, und das ist ganz klar, wäre es sonst möglich gewesen, in diesem Maße autonome Befugnisse an die Südtiroler zu übertragen. Es hat einer demokratischen Entwicklung, auch im italienischen Staate, bedurft, um diese Dinge durchzusetzen. Tatsache ist, solange rein christdemokratische Regierungen geherrscht haben, wurde die Autonomie etwas kleingehalten: »tener duro e sorridere« hat es damals in Rom geheißen. Sie werden sich wohl noch daran erinnern, wer das gesagt hat, Herr Magnago. »Tener duro e sorridere« hat man gesagt, wenn die Südtiroler Anfragen gemacht haben. Das haben Sie nie gehört? Ich werde Ihnen einen Zeitungsausschnitt bringen, von jemandem, der das gesagt hat. Es hat große Aufregung innerhalb der Südtiroler Volkspartei ausgelöst, als das in Rom gesagt worden ist.

Wann wurde der Wandel möglich? Der Wandel wurde möglich, als die Linkskräfte — die manchen hier nicht ins Konzept passen — endlich die Verwirklichung der republikanischen Verfassung durchgesetzt haben; als man gesagt hat: in der republikanischen Verfassung ist die Aufteilung in Regionen vorgesehen. Als man gesagt hat: daß die Autonomie nicht nur in Südtirol, sondern in Kalabrien, Sardinien usw. nicht nur ein Geschenk an diejenigen Regionen, die von einem gewissen Separatismus erfaßt werden könnten, ist, so wie es einmal ein christdemokratischer Minister ausgedrückt hat, sondern ein Recht, das in der Verfassung Italiens verankert ist. Aber, wer hat dies durchgedrückt? Ohne hier jetzt Katzenbuckelei zu machen: das haben die Linken durchgedrückt. Und selbst das ganze »Paket«, das wissen Sie selber, wäre ja nicht zustande gekommen, hätte nicht die Linke, sogar inklusive die KPI, diesem »Paket« zugestimmt. Das wäre sonst nicht zustande gekommen. Das italienische Parlament hätte nicht die Möglichkeit gehabt, das durchzusetzen.

Ich sage das nur, um in Erinnerung zu bringen, wie die geschichtliche Entwicklung war. Denn, man darf nicht einen Mythos machen, der dann eine Gefahr darstellt. Sicherlich hat Österreich einen großen Beitrag geleistet. Sicherlich hat die Resolution der Vereinten Nationen beigetragen. Aber die Tatsache, daß Italien, das demokratische Italien, nach langen Verzögerungen, nach langen Schwierigkeiten den Südtirolern die Autonomie gegeben hat, ist ein Zeichen einer gesellschafts-politischen Entwicklung nach links, in der also dieser bürgerlich-nationalistische oder bürgerlich-zentralistische, mit faschistischen Reliquien gefärbte Staat systematisch abgebaut worden ist. Mir ist es unverständlich — außer es ist eine rein propagandistische Agitation —, daß man diese Dinge vergißt, daß man diese Dinge ignoriert. Denn, unsere Entwicklung ist ja immer im

Zusammenhang mit dem gesamten Staat zu sehen. Ich sehe nicht Südtirol als einen Garten, es könnte ein Garten sein, unter anderen Umständen, aber, es ist kein abgesperrter Garten. Diese Dinge weiß der Dr. Magnago weitaus besser als ich. Er hat ja immer geschickt verstanden, alle Regierungen zu stützen. Da muß ich ihm ja sogar recht geben. Er hat sich ja immer gesagt: die Fleischtöpfe der Regierung sind wichtig für uns. Das ist ja ganz klar. Das ist sein Prinzip. Auch jetzt wird er der kommunistisch unterstützten Regierung sicherlich seine Zustimmung geben, weil er ein großer Realist ist. Er will doch nicht die Milliarden, die er von Rom braucht, mit Kleinkrieg, mit ideologischen Überbewertungen kompromittieren. Das ist doch gar nicht seine Art. Ein bißl Wind hier, aber in Rom tun wir schon »tacheles« reden, wie man so schön sagt. Da geht's um die Pinke. Warum man diese Agitation hier, obwohl Sie, Herr Landeshauptmann, und diejenigen, die an und für sich eine bestimmte Politik verfolgt haben, warum man diese Agitation gegen den italienischen Staat so betreibt, frage ich mich. Ich frage mich, was das für eine Zielsetzung hat. Sie dürfen mir jetzt nicht antworten: daß ich mir das nur einbilde. Denn, es gibt dafür eine Reihe von Aussagen. Sie selber, zum Beispiel, behaupten ständig, die Autonomie gehöre nur den deutschsprachigen Südtirolern. Nun, Sie wissen genau, daß das nicht wahr ist. Dann müßten Sie a) den Pariser Vertrag umschreiben; b) die Aussagen der Österreicher, die eine gewisse Partnerschaft drinnen haben, umfunktionieren, der österreichische Außenminister und der Bundeskanzler sind in dieser Hinsicht immer ganz klar gewesen; c) Sie müßten Dinge behaupten, die überhaupt nicht wahr sind, die nirgends geschrieben sind. Die Autonomie ist eine Autonomie, die den »populations« — Mehrzahl — gegeben worden ist, und die in Funktion, bestenfalls, in Funktion der Südtiroler Volksgruppe gegeben worden ist.

Ich habe auch gestern wieder eine bestimmte Entwicklung gesehen. Da redet man immer vom Staatsvolk. Was heißt Staatsvolk? Ja, sind die Italiener, die hier leben, nicht genau so berechtigt, diese Autonomie zu haben? Wenn man solche Aussagen macht, wundert man sich dann, daß man da übelste nationalistische Entgegnungen bekommt? Wundert man sich, wenn der friedliche Bürger, der sich sonst einen Dreck um Politik kümmert, dies beim Mittagessen liest und als Herr Rossi oder Battisti oder wie er heißt, sich denkt, daß er von dieser Autonomie ausgeschlossen ist? Er hat in dieser Autonomie nichts zu sagen, er ist ein überhaupt nicht existenter Bürger. Kann man sich dann wundern, daß gewisse Kräfte auf diesen Aussagen nationalistische Spekulationen aufbauen? Warum sagt man aber

nicht klipp und klar, wie es steht. Sicherlich, die Wahrung der Rechte der Südtiroler Minderheit ist die Voraussetzung gewesen, um diese Autonomie zu bekommen. Aber heute stehen diese Rechte auch jedem Ladin zu. Die Ladin sind ja auch nicht Deutschsprachige, ob sie Deutschsprachige oder Italienischsprachige sind, das ist ein anderes Kapitel. Warum also wird das gesagt?

Aber, noch viel Schlimmere. Zum Beispiel, bei allen Gelegenheiten wird das Selbstbestimmungsrecht betont. Ich kann ganz ruhig sagen: ja, das Selbstbestimmungsrecht, das kann jeder verlangen, das kann der Neger in Soweto verlangen, der Libanese kann es verlangen, alle können das verlangen. Aber wenn dies, wie es jetzt zum Beispiel von den »Dolomiten« in einer direkt agitatorischen Form ständig betrieben wird; es gibt keinen Dienstag, ohne daß die Selbstbestimmung in großen Lettern obensteht. Frage ich Sie, Herr Landeshauptmann: was soll das? Sie sind ein intelligenter Mensch, Sie müssen mir sagen, wohin wollen Sie? Ich frage Sie jetzt offen, vielleicht können Sie mir antworten: wohin wollen Sie mit der Selbstbestimmung? Wenn, zum Beispiel, der Herr Dr. Benedikter anlässlich seines sechzigsten Geburtstages in der Zeitung fettgedruckt sagt: ja, die Selbstbestimmung wollen wir, so hat er es geschrieben, aber das bedeutet nicht den Anschluß an Österreich, hat er dann freundlichweise gesagt...

ABGEORDNETER: (*unterbricht — interrompe*).

JENNY (SFP): Der Hans hat das gesagt? Ja, der Freund Hans. Der Hans ist ein sehr großer Bluffer. Der Hans ist ein Mann, der nie etwas tut, wenn er nicht sicher ist, daß er die Mehrheit hinter sich hat. Er stellt sich ja meistens innerhalb von zwei Minuten um. Und nachdem er das sagt, und nachdem ich ihn ja kenne, und seine Umstellungsgabe, die ja enorm ist, scheint das irgendwie zum neuen Dogma geworden zu sein. Ich frage mich: was denkt sich jetzt der Bürger, heißt er nun Mayr, Rossi oder Müller? Was denkt sich der Bürger, wenn er das liest? Tag für Tag den Aufruf zur Selbstbestimmung! Doch, die offiziellen Stellen der Südtiroler Volkspartei haben dazu gar nichts zu sagen. Man könnte sagen, es ist die übliche Politik, daß das Hansele vorgeschickt wird, damit der Hans dann zuschlagen kann. Das könnte man sich überlegen. Aber, muß das nicht in der Bevölkerung, ganz gleich welcher Sprache sie ist, auch unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit, Beunruhigung auslösen? Ist es ein schlechter Staat? Gut, es ist vielleicht ein morscher Staat. Aber, unterdrückt er die Südtiroler? Gibt es ein Zeichen, daß für die Südtiroler ein Notstand herrscht? Gibt es Zeichen dafür, daß die

Südtiroler in ihrer Freiheit beschränkt sind? Sie müssen mir antworten, ich frage Sie. Denn, nur aus dieser Perspektive, nur aus dieser Überlegung könnte das Selbstbestimmungsrecht angerufen werden. Ich meine, es können besoffene Leute im Gasthaus zusammensitzen, und sie sind für ihre Reden nicht verantwortlich, nicht politisch verantwortlich. Aber, wenn maßgebende Vertreter der Südtiroler Volkspartei ständig dieses Wort Selbstbestimmung in den Mund nehmen, so muß man sich fragen: wohin will man damit? Denn, Selbstbestimmung, so wie es gesagt worden ist, kann ja nur darauf hinzielen: Ablösung von diesem Staat. Was soll dann geschehen? Ich frage Sie, und ich bitte Sie, Herr Dr. Magnago, daß Sie auf diese konkrete Frage wirklich eine präzise Antwort geben. Darauf warte ich schon lange. Sie werden versuchen, zu sagen: das hat der Benedikter gesagt, das hat der eine gesagt, das hat der andere gesagt. Aber, das sind ja alles Verantwortliche. Ich möchte nur wissen, wohin das Ziel führt; und, ob dieses Ziel es wert ist, daß man hier eine permanente Agitation verursacht. Ich bin ja der Meinung, daß in Österreich so etwas nicht geduldet würde. Das sage ich euch ganz offen. Kreisky oder andere würden die politischen Verantwortlichen klar zur Rechenschaft ziehen und fragen: sagen sie deutlich und klar, wohin sie wollen. Selbst im Kärntner Problem gibt es keinen einzigen politisch verantwortlichen Slowenen, der von solcher Warte aus solche Dinge erklärt. Sonst muß er sich dafür klar verantworten.

Bei uns geht das alles leise, Tag für Tag immer wieder diese Agitation. Wenn zum Beispiel jetzt von interessierter Seite das berühmte Buch des Herrn Stoll verschickt wird, der im Sinne einer europäischen Umwandlung die Loslösung von Italien vorsieht, mit dem berühmten »ghetto die nuova Bolzano«, wo die Italiener allmählich in die »nuova Bolzano« eingereiht werden, eine Art Soweto, ein fortschrittlicheres Soweto. Auch dieses Buch zirkuliert, auch dieses Buch wird von maßgeblichen Leuten der Südtiroler Volkspartei gefördert, es wird gratis verschickt — mir hat man es noch nicht geschickt.

MAYR (SVP): (*unterbricht — interrompe*).

JENNY (SFP): Ich täte mir große Gedanken machen, wenn Sie's noch nicht haben, ein Zeichen, daß Sie ein wenig in Verspätung sind, Herr Mayr; Sie müssen schauen, daß Sie auf den Zug noch aufspringen; am Zug sind Sie hinten dran, Sie sitzen schon am Geleise. Sie sind selten am Zug, Sie wissen's nur nicht.

Ich frage mich, was hat das für einen Sinn? Was muß das bedeuten, wenn das ein ix-beliebiger in die

Hand bekommt? Was soll das? Wo führt das hin? Die Landesregierung, was will sie erreichen, wo zielt sie hin.

Oder, der Clou der Sache, wenn zum Beispiel die junge Generation in ihrer Klausurtagung beschließt und folgenden Satz schreibt: »Im Rahmen der angestrebten Einigung Europas sehen wir als Fernziel die Rückgliederung Südtirols an Gesamt-tirol« — und jetzt kommt das Interessanteste — »und dessen Einschluß in eine umgreifende Alpenregion an, wie sie der geschichtlichen Entwicklung natürlicherweise entspricht«. Das haben ja nicht Hottentotten geschrieben, zumindest hoffe ich es, sondern das haben maßgebliche Vertreter der Südtiroler Volkspartei geschrieben. Ich muß den Herrn Landeshauptmann fragen: inwieweit deckt sich diese Aussage mit seiner Politik? Denn, es ist ja ganz klar, daß auch eine Jugendorganisation, eine offizielle Jugendorganisation Aussagen macht, die entweder im Einklang mit der Gesamtpolitik der Partei sind, oder sie muß desavouiert werden. Das ist verschiedene Male vorgekommen. Wenn jemand aus Mutwillen, oder weil er im falschen Boot ist, Aussagen macht, die sich nicht mit dem Gesamtkonzept der Partei decken, so muß man das am nächsten Tag korrigieren und sagen: die Aussagen der jungen Generation sind nicht stichhaltig. Der Friedl Volgger hat so eine weiche Attacke geritten, und das ist auch wieder verdächtig, denn das sind so die Dinge, die die Alibis schaffen: ja, wir haben es schon gesagt, die »Buben« haben so herumgeredet. Aber, man weiß nicht, oder will nicht wissen, was solche Sätze in der Öffentlichkeit bedeuten, wie solche Sätze aufgefaßt werden, von Freunden und Feinden.

Diese Aussage hat zu einer scharfen Verurteilung in Wiener Kreisen geführt, das kann ich euch nebenbei sagen, weil sie ungeheuerlich ist: hier wird die Zerstückelung Österreichs praktisch gefordert. Die Alpenregion! Nicht einmal der Anschluß an Österreich. Eine Alpenregion mit irgendeinem bayerischen Fürsten, ganz klar. Eine Alpenregion in dieser Hinsicht, gibt es gar nicht geschichtlich, das ist ein geographischer Begriff. Wenn hier politisch von der SVP »der Einschluß in eine umgreifende Alpenregion« gefordert wird, so bedeutet das, daß man die Unabhängigkeit Österreichs in Frage stellt. Die Leute, die das geschrieben haben, die können ja nicht so dumm sein, politisch so dumm sein, daß sie das nicht überlegt haben. Liegt hier also eine bestimmte klare Zielsetzung dahinter? Da muß man die Maßgeblichen der Landesregierung, die ja von der Südtiroler Volkspartei delegiert sind — fragen: wie treten sie diesen Aussagen entgegen? Da gibt es jetzt keinen Zweifel mehr. Stehen sie zu diesen Aussagen, oder sagen sie: diese Aussagen sind falsch. Man würde die Leute wohl für dumm

halten, wenn man glauben würde, daß solche Aussagen, wenn sie tagtäglich in der Presse aufgewärmt werden, auf die Leute keinen Einfluß haben. Die Leute machen sich darüber Gedanken, so oder so. Die Drahtzieher einer solchen Politik werden wohl die Verantwortung dafür tragen müssen. Oder, sie müssen sagen: nein, das ist der falsche Weg. Aber, das ist doch die permanente Agitation, die wir Tag für Tag sehen. Das erfüllt uns mit Sorge. Denn hier wird nicht einmal die klare Zielsetzung aufgezeigt. Als zum Beispiel die Südtiroler im Jahre 1945 bis 1946 den Anschluß an Österreich gewünscht haben, war da eine präzise, klare Zielsetzung, sie wurde im Lichte der Öffentlichkeit behandelt, es wurde diskutiert. Heute weiß man nicht, wo diese Politik, die scheinbar von maßgebenden Leuten der Südtiroler Volkspartei getragen wird, hinführen soll. Jetzt stellen Sie sich vor, wie beunruhigend so etwas für die Südtiroler ist, aber wie das erst beunruhigend sein muß, wenn ein Italiener das liest, und sicherlich gibt es viele Italiener, die imstande sind, diese Aussagen auf Deutsch zu lesen. Ist das also das Signal für seinen Hinaus-schmiß? Was soll das? Wo ist die sogenannte umfassende Alpenregion, die mit einem sogenannten europäischen Ziel kaschiert wird. Der Adolf Hitler hat auch immer von Europa gesprochen, nur war dies sozusagen das Europa der Konzentrationslager, aber es war auch europäisch, er hat schon »europäisch« gehandelt.

Die Frage ist: wo wollen Sie hin? Ich stelle diese Frage direkt an den Landeshauptmann, der ja diese Politik gestaltet und als Landeshauptmann die Bedenken des letzten Lancia-Schweißers genau so berücksichtigen muß wie des Bauern in Pens oder in Olang. Was sagt er diesen Leuten? Bisher hat er darüber geschwiegen. Er regt sich auf, zu recht, wenn italienische Pressemedien gewisse Nachrichten verbreiten. Aber warum tritt er nicht diesen viel gefährlicheren Sachen entgegen? Das sind doch viel gefährlichere Aussagen. Die kann man nicht im Raum stehen lassen. Dadurch, daß ich in einem bestimmten Milieu lebe, kenne ich die Reaktionen. Ich bin der Meinung, daß heute viele SVP-Leute mit der stillschweigenden Zustimmung diese Selbstbestimmung als eine Art von Liechtenstein anplanen. Ganz bestimmt, das weiß ich. Auch darüber sollten Sie, Herr Landeshauptmann, etwas sagen: ob Sie der Chef des neuen Liechtenstein werden wollen.

ABGEORDNETER: (*unterbricht — interrompe*).

JENNY (SFP): San Marino? Ja, ja, mit dem Wein könnten wir es schaffen, aber sonst, ich weiß nicht. Auch darüber, Herr Landeshauptmann, müßten Sie klare Dinge sagen. Ich habe sie mir gesammelt, und

auch andere Leute außerhalb des Landes sammeln solche Dinge. Immer wieder, ob es nun der Heimatbund ist oder andere, immer wieder wird diese Masche verkauft. Dahinter muß jemand sein, der diese Masche lanciert und diese Masche verantwortet. Daß man so tut, als ob man nichts getan hätte, das wird glaube ich, auf die Dauer nicht möglich sein. Das muß verantwortet werden. Was will man mit der Selbstbestimmung? Will man die Loslösung? Wie will man sie schaffen? Wir wissen alle, ich glaube so weit sind Sie informiert, daß es nicht so leicht ist, in Europa des Jahres 1977, solche Machloikes zu machen — aus Gründen, die jeder kennt. Auch wenn man den Status eines San Marino anstreben würde, da muß ich eine ganz interessante ... Ob es nun San Marino, oder Liechtenstein oder Andorra ist, das ist ganz egal. Jetzt darf ich etwas fragen, was Sie niemals der Bevölkerung sagen: haben Sie sich interessiert und haben Sie eine Nachfrage gemacht — die Bilanzsumme kennen Sie, Sie wissen, es sind fast 800.000 Lire pro Kopf, zirka —, haben Sie eine Nachfrage gemacht, wieviel das Land an Steuern zahlt? Haben Sie sich einmal darum gekümmert? Ich meine, was die Gesamtbevölkerung an Steuern aufbringt. Das sind in der Periode vom 15. 9. 1976 bis 15. 12. 1977: 94 Milliarden an direkten Steuern, und zirka 50 Milliarden an indirekten Steuern. Was macht die Rechnung aus: nach Adam Riese, glaube ich, 144 Milliarden Lire. Das ist das Steueraufkommen dieser Provinz, an direkten und an indirekten Steuern. Das bedeutet, wenn man diesen Staat schon so stark angreift, daß wir an und für sich eine ganz gut behandelte Region sind von seiten des Staates. Stimmt's? Wer bringt das Geld auf. Nicht die Südtiroler. Ich muß immer lachen, gewisse Leute — heute ist der Dubis nicht da — haben gesagt: machen wir es so, alle Steuern, die in der Provinz gezahlt werden, bleiben hier. Und den Rest, bringt den der Nikolaus? Oder der Weihnachtsmann? Nicht, um diesen Staat zu loben, der sicherlich hunderttausend Mängel hat, aber nicht der repressive Staat ist, von dem gewisse Spinner reden und auch sicherlich nicht der Staat ist, der ein Feind der Freiheit ist. Warum sagt ihr nicht, daß dieser Staat, der angeblich so ein Feind — in der Optik der Südtiroler — ist, diesen Südtirolern ganz schöne wirtschaftliche Mittel zukommen läßt, wirtschaftlich, aha, das ist nichts!? 144 Milliarden sind die direkten und die indirekten Steuern, und wieviel geben wir aus? Fast 400 Milliarden. Wo werden denn diese kassiert? Die werden in anderen Teilen Italiens kassiert. Wo werden sie sonst kassiert? Die wird eben beim Lombarden und beim Piemonteser und wie die Industriegebiete heißen kassiert. Ja, sagt einmal auch diese Dinge. Wäre das nicht einmal eine Tatsache, daß bei dieser permanenten Agi-

tation gegen den Staat, der die Rechte angeblich beschneidet, daß dieser Staat in wirtschaftlicher Hinsicht diese Region sehr gut behandelt, besser behandelt als die einkommensreichen Regionen Norditaliens. Ich habe mir auch die Mühe gemacht, die Vergleiche von Piemont, Lombardei herzunehmen. Was heißt, wirtschaftlich schlecht? Jetzt müßt ihr bei der Wahrheit bleiben. Dieser Staat, der angeblich so schlecht ist, daß man ständig die Selbstbestimmung anrufen muß und von diesem Staat weggehen will — das ist die Aussage von Parlamentariern der SVP, von Bezirksobmännern usw., Sie können sie der Reihe nach aufzählen —, dieser Staat gibt diesen Leuten, die ständig auf ihn schimpfen und ihn für morsch und für absolut überholt halten und von dem sie sich lösen wollen, gibt er ungefähr das doppelte mehr als diese Leute an Steuern aufbringen. Das ist die Realität. Ich möchte bitten, daß man diese Dinge den Leuten sagt, nicht um dem Staat hinten hineinzukriechen, dazu ist gar kein Grund. Wenn man von der Selbstbestimmung spricht, dann muß man auch sagen, wer diese bezahlen soll. Wir selber müßten dann äußerst unpopuläre Maßnahmen ergreifen. Stellt euch vor, wenn die Masse unserer Bauern richtig zur Kasse gegeben wird: im Namen der Selbstbestimmung steigert du dein Steueraufkommen um 300 Prozent! Na, prosit. Da möchte ich sehen, wie schnell sie die Flagge herunterholen! Da tun sie die Fahne sofort in den Keller hinunter. Da kenne ich sie zu gut! Da gibt's dann Zores, meine Herren! Aber, das muß man einmal sagen, das sind Tatsachen. Und zwar nicht, um den Staat zu verteidigen. Der Staat ist eben, leider, zu schwach und hat nicht die Fähigkeit, richtig einzugreifen. Aber, in der Behandlung der Provinz Südtirol hat dieser Staat eine großzügige Hand. Und die ganze Agitation, die dagegen gemacht wird, ist eine Verleumdung.

Ich habe vergessen, zu sagen, daß die direkten Steuern vom 15. September bis zum 15. Dezember berechnet sind, das ist also zwei Monate überzogen. Das sind also weniger als 94 Milliarden. Diese Daten habe ich mir sehr exakt zusammengesucht. Diese Daten muß man auch verbreiten, aber nicht, wie gesagt, um Polemiken zu schaffen, sondern nur, um zu sagen, wie die Dinge stehen. Deswegen wie das ganze Gerede von der Selbstbestimmung entweder ein gewolltes Manöver ist, um andere Dinge zu verschleiern; oder, eine ganz grobe Verfälschung der Realität. Ganz zu schweigen noch von den Diensten, die der Staat liefert, er liefert die Eisenbahn, er liefert verschiedenes. Würde die Mikroalpenregion, in Erwartung des Anschlusses an die Makroalpenregion, dies alles zahlen müssen, da täten unsere Industriellen, Freiberufler, Bauern dreinschauen, sie täten nicht wissen, wohin sie rennen könnten! Denn,

so einen toleranten Staat in Sachen Steuereinhebung kenne ich in Europa nicht. Ich kenne Griechenland, aber sonst gibt es keinen so großzügigen, toleranten Staat, besonders gegenüber den begüterten Kategorien, wie diesen Staat; kassieren tut er eigentlich bei den fix Besoldeten, bei den anderen ist er, noch, äußerst lax.

Das wäre der Punkt wo man auch einmal ein offenes Wort sagen sollte, Herr Landeshauptmann, denn Sie vertreten ja auch den Staat hier. Ach, nein? Sie vertreten nicht den Staat? Was vertreten Sie, das Land? Aber, in welcher Funktion? Sie stehen aber doch in Relation zu diesem Staat? Sie können doch nicht ein Feind dieses Staates sein. Dann wäre Ihre Situation ja nicht denkbar, das wäre ja unmöglich. Ganz klar. Da werde ich Ihnen einmal die Verfassung bringen, und dann werde ich Ihnen das ganz klar sagen. Diese Art, die Mentalität, Südtirol zu einem Eigenstaat aufzublähen, ist ein Unsinn, ist ein Quatsch. Das ist nicht gerechtfertigt von der wirtschaftlichen Seite, und ich habe Ihnen das mit diesem kleinen Zettelchen bewiesen, und es ist auch nicht gerechtfertigt von der politischen Seite. Wenn jemand die Illusion hätte, Südtirol könne auf der Nord-Süd-Achse auf so einem wichtigen Gebiet so eine Art Liechtenstein, San Marino oder Andorra werden, so ist er vollkommen daneben, der muß sich der Herstellung von Pantoffeln oder anderem widmen, der hat in der Politik nichts zu suchen. Das ist ganz klar. Diese Dinge einmal der Südtiroler Bevölkerung zu sagen, jenseits der Agitation, die die Monopolpresse betreibt, das wäre unsere Pflicht.

Diese Verunsicherung — ich frage Sie, und Sie werden mir antworten, wo das hinführen soll —, diese Verunsicherung hält unsere Autonomie nicht aus. Sie können nicht ständig das Gefühl haben, daß die ganze italienische Bevölkerung gegen die Autonomie ist. Ich möchte sogar mehr sagen: ohne eine aktive Mitarbeit der hier lebenden italienischen Bevölkerung ist diese Autonomie auf die Dauer überhaupt nicht möglich. Sicherlich haben die hier lebenden Italiener manchmal Fehler gemacht. Sie haben lange nicht erkannt, welche Bedeutung diese Autonomie auch für sie hat. Sie haben sich lange an gewisse überholte Formen gehalten, daß also der sogenannte »filo diretto« mit Rom ein Ersatz für ihre Beteiligung an der lokalen Autonomie wäre. Heutzutage, wo immer mehr Italiener diese Dinge erkennen, werden sie ja immer mehr zurückgestoßen. Denn, diese Aussagen müssen jeden denkenden Italiener treffen; die müssen ihm sagen: ja, was ist mit mir, ich bin in dieser Autonomie ja nicht erwünscht, ich muß hier weg; was wird aus meinem Sohn, der hier aufgewachsen ist, der hier in die Schule gegangen ist, der hier eine Arbeit hat? Wo sind diese ganzen Aussagen von Ihnen, der angeblich den

Herrn Rossi oder Battisti oder wie er heißt vertreten soll? Sie sind angeblich immer nur in der Weste des SVP-Obmannes, in diesem Anzug erscheinen Sie diesen Leuten. Wo kann das hinführen? Nur zu neuen Spannungen. Die neuen Spannungen sind ja schon da. Reden Sie mit den Leuten auf der Straße, u. verfolgen Sie, was diese Leute sagen. Schauen Sie, welches Ihr »Image« in dieser Bevölkerung ist. Das müssen Sie auch einmal erforschen lassen. Was kommt dann? Es sind ja viele Initiativen geschehen, die gar nicht verständlich sind. Zum Beispiel, durchaus richtig der Proporz, und genau so ist die Doppelsprachigkeit richtig. Aber, ich glaube, Kollege Gouthier hat es gestern richtig gesagt: was muß derjenige empfinden, der doppelsprachig werden möchte und es nicht kann, weil niemand ihm dazu verhilft? Ich rede jetzt nicht nur von den Italienern, ich rede auch von den Südtirolern. Das Maß der Doppelsprachigkeit ist bei den Südtirolern in den letzten Jahren zurückgegangen. Das wissen Sie ja auch, weil Sie, hoffentlich, die Dinge verfolgen, die man Ihnen vorlegt. Zum Beispiel, bei den Prüfungen für ein bestimmtes Niveau machen die Südtiroler bis zu fünfzig Prozent der Durchfallsquoten aus.

ABGEORDNETER: Das stimmt nicht! Das stimmt nicht!

JENNY (SFP): Statistiken lassen sich leicht frisieren. Aber es ist so, daß die Südtiroler ab einem bestimmten Niveau absolut auch eine hohe Durchfallsquote haben, die vielleicht nicht vierzig oder fünfzig Prozent erreicht, vielleicht liegt sie bei 38 Prozent, die aber erstaunlich hoch ist. Für die Doppelsprachigkeit wird sehr wenig getan. Warum? Das weiß der Assessor Zelger am besten (ich war bei jener Tagung in der RAI), weil eine absolut getrennte Entwicklung der Bevölkerungen aufgebaut wird, die auf die Dauer unerträglich ist, weil sie eine vollkommene Isolierung darstellt, in räumlicher Hinsicht. Gouthier hat gestern mit Recht gefragt, man soll ein Konzept geben über die Entwicklung der Bevölkerungen. Denn, diese Geschichte von »nuova Bolzano« ist ja nicht auf dem Mist des Herrn Stoll gewachsen. Sie ist gewachsen auf der Überlegung politischer SVP-Kreise — da werden wir auch Namen sagen können —, die an und für sich eine Konzentration der italienischen Bevölkerung in einem ganz kleinen Raum um Bozen herum wünschen. Das soll systematisch betrieben werden; jetzt wird es nicht systematisch betrieben, doch eines Tages soll es kodifiziert und systematisch betrieben werden. Ja, sehen Sie, da kann die Doppelsprachigkeit nicht wachsen, wenn die Trennung so scharf ist. Denn es wäre wichtig, daß nicht nur Kurse besucht werden, sondern daß das italienische Kind

auch mit einem deutschen Kind einmal reden kann, und umgekehrt, was in der Stadt der Fall ist; auch hier wird dies schärfstens bekämpft von der offiziellen Politik der SVP. Ich muß lachen, da gibt es Initiativen, über die ich auch nicht heute sprechen werde, ich habe Dokumente, die mir interessanterweise von österreichischer Seite gegeben worden sind, über Vorgänge einer bestimmten Wohnbaupolitik in Südtirol: einen Bewerber, der zum Beispiel eine italienische Frau hat, läßt man nicht in den deutschen Trakt hinein, unter dem Vorwand einer technischen Maßnahme. Ich habe dafür Beweise und Namen. Ist das nicht eigenartig? Ist das die Folge, ist das das Konzept, wie Sie sagen, des friedlichen Zusammenlebens der Volksgruppen? Das muß man sich fragen. Jetzt klafft da die enorme Differenz zwischen den Sonntagsreden, zwischen diesen banalen Reden; wir sind für den Frieden, für die Einheit, das Glück der Völker; und zwischen einer permanenten nationalistischen Agitation, die Südtirol irgendwohin führen muß. Da frage ich Sie: wohin? Das müssen Sie wissen, denn Sie betreiben sie, ich nicht. Das ist der Unterschied. Die Praxis zeigt es. Ein Beispiel: die Mittelschule von Neumarkt. Sie wissen, das Unterland ist zumindest zum Teil ein gemischtsprachiges Gebiet: die Vaja und die Giacomuzzi und die Bortolotti, die dort leben, die stammen sicher nicht von den Goten ab, absolut nicht. Pfaffen war zum Beispiel eine italienischsprechende Gemeinde noch unter Kaiser Franz Josef usw. Warum jetzt im Unterland ein Signal setzen, denn, es geht nicht um die Schule, das ist lächerlich. Wenn man in Auer einen Schießplatz errichtet, ohne Genehmigung, so husch husch, so geht es nicht.

MAYR (SVP): (*unterbricht — interrompe*).

JENNY (SFP): Nein, Herr Mayr, Sie schießen nicht weit. Sie schießen immer daneben, auch jetzt. Trösten Sie sich, von Ihnen habe ich keine Angst. Ein Signal wird gesetzt, in einem Gebiet, wo es nach meiner Ansicht nie ethnische Spannungen gegeben hat, weil immer ein Teil der Bevölkerung italienisch gesprochen hat, ob es nun die Leute sind, die zum Obstklauen kommen und auch viele Ansässige. Man braucht ja nur die ganzen Namen zu nennen, ob sie nun Volkan heißen oder sonstwie. Warum in diesem Gebiet eine Maßnahme setzen, die nur demonstrativen Charakter hat, und die nur darauf hinzielt, Trennungen zu schaffen? Und die nur darauf hinzielen kann, daß jeder in Neumarkt, jeder Bub und jedes Mädchen, genau schon am Schulweg wissen muß, zu welcher Volksgruppe es gehört. Das ist ja nicht tragbar. Das ist ja auf die Dauer unsinnig. Jetzt wird bestimmt einer von den Oberschreibern aufstehen und sagen, so wie kürzlich irgendein Un-

terbelichteter in den »Dolomiten« gesagt hat: der Jenny spricht für die italienische Volksgruppe.

MAYR (SVP): *(unterbricht — interrompe)*.

JENNY (SFP): Herr Mayr, mit Ihnen rede ich überhaupt nicht, weil Sie mir wirklich zu dumm sind.

Die Frage ist folgende. Es geht darum, inwieweit eine Gemeinschaft existieren kann, wenn diese Teile ständig getrennt werden und diese Teile einer Gemeinschaft — und ich sage das nicht nur als Bürger, sondern als Mann, der in einer Gemeinschaft lebt — ständig diskriminiert werden. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen. Deshalb ist das die Frage, die in diesem politischen Bericht nicht drinnen ist. Das ist das Entscheidende. Diese Frage ist nicht beantwortet. Sie kann nur Beunruhigung, Sorge bei all denjenigen auslösen, die echt interessiert sind, daß diese Volksgruppenpolitik etwas Positives erbringt. Das war der Gedanke, als der Pariser Vertrag gemacht worden ist, als die erste Regionalautonomie gegeben wurde. Als das »Paket« beschlossen wurde, war das der Grundgedanke, daß hier eine bessere Gemeinschaft entsteht durch die Zusammenarbeit der hier lebenden Volksgruppen, ohne daß jemand durch den anderen übervorteilt wird.

Jetzt komme ich zum letzten Standpunkt, den ich einnehme: was sagen wir als Soziale Fortschrittspartei? Ich spreche nicht nur als soziale Fortschrittspartei, sondern im Namen einer immer größer werdenden Zahl von Südtirolern, die an und für sich diese unausgesprochenen Zielsetzungen der SVP nicht hinnehmen. Wir sind der Meinung, daß es richtig ist, daß das Unrecht, das an den Südtirolern begangen worden ist, vollkommen getilgt wird, daß also das Statut raschestens durchgeführt wird. Und zwar, um es deutlich und klar zu sagen: nur das, was im Statut drinnensteht. Danach kann man Forderungen erheben, solange man will, aber es muß einmal — das wäre nicht nur Aufgabe von uns allen, erstens von uns allen, aber auch vom italienischen Staat — dieses Statut bis zum letzten Beistrich raschestens durchgeführt werden. Wenn der Herr Benedikter dann noch über die Kommunikationen streiten will, so ist das seine Sache oder Sache einer bestimmten politischen Gruppierung. Aber, das was im Statut drinnensteht, soll raschestens durchgeführt werden, damit endlich einmal jegliche Auseinandersetzung ethnischer Natur als Kampfmaßnahme — so wird sie jetzt ständig betrieben — eingestellt wird. Denn diese Kampfmaßnahmen, das ist meine Überzeugung, und ich glaube, die Überzeugung vieler Südtiroler, ob sie jetzt italienisch oder deutsch oder ladinisch sprechen: diese Kampfmaßnahmen

zerstören die Autonomie. Es kann vielleicht, so wie immer in diesen Auseinandersetzungen, jemand sagen: das macht mir nichts aus, wir werden gewinnen, wir setzen uns durch. Aber, wir wollen das ja nicht in diesem Maße. Wäre nämlich der Preis, der für das Sichdurchsetzen einer politischen Gruppierung oder einer ethnischen Gruppe zu zahlen wäre, die Zerstörung der Autonomie, so wäre das nicht zu rechtfertigen, in keiner Weise, nicht vom menschlichen, nicht vom moralischen, vom ethnischen Standpunkt. Sicherlich, es mag Leute geben, die sagen: wir wollen zum Zustand des Jahres 1918 zurückkehren. Das ist illusorisch, das gibt es nicht. Die Geschichte geht niemals zurück. Und wenn, dann um den Preis ungeheurer Umwälzungen und Brutalitäten, die wir sicherlich nicht verantworten können und wollen.

Deswegen, das muß ich als Sprecher der Sozialen Fortschrittspartei sagen, unterscheiden wir uns auch zum Beispiel vom Herrn Erschbaumer, der in dieser Hinsicht keine klaren Aussagen gemacht hat, sondern der nur die rechnerischen Seiten der Autonomie sieht. Wir glauben, daß der Einsatz aller Menschen, die hier leben, im demokratischen Sinne erfolgen muß. Da fehlt es grob: im demokratischen Sinne. Nur bei Beachtung der Regeln der Demokratie hat diese Autonomie eine Chance, sich durchzusetzen. Sicherlich, es braucht einen gewissen Einsatz. Die Anerkennung des Pluralismus ist die Voraussetzung dafür. Ich will jetzt nicht auf die ganze Thematik der innerparteilichen Entwicklung der SVP eingehen. Nur eines will ich noch sagen. Ein Signal, das beunruhigt hat, es bereits davon gesprochen worden. Ohne diesen Herrn Strauß besonders hervorzuheben, dieser Besuch war ja auch ein Signal, ein Fausthieb sozusagen, für alle diejenigen, die an und für sich eine positive Entwicklung in Südtirol fordern. Denn, Strauß ist nicht so sehr der Mann, der vielleicht als Schütze auftritt, dazu ist er zu fett und zu angefressen. Der Strauß hat ja zu Chile gesagt: wenn das Militär die Macht übernimmt, so geht es nicht zu wie beim Franziskanerorden, der die Suppe verteilt. Ein solches Zitat stammt vom Herrn Strauß! Ein Militärregime, das in drei Jahren 20.000 getötet hat und ein paar Hunderttausende aus dem Land vertrieben hat. Ihr solltet diesen Mann als solchen sehen. Ob er jetzt in der Tracht kommt und euch ein bißl um den Bart streicht, das ist uninteressant. Aber, ist das nicht auch ein Zeichen, daß Ihr den Pinochet-Freund braucht: das ist der Mann, der sozusagen mit der Faust wüten würde! Ihr wißt, daß der Strauß nicht nur hier, sondern im gesamten deutschen Bereich, im gesamten europäischen Bereich eben den häßlichen Deutschen darstellt, mit allen Belastungen. Derselbe Mann, der, wie Sie wissen, in der ARGE-ALP

eine bestimmte Thematik entwickelt, die auf die bayerische Alpenregion hinzielt. Ich habe ganz interessante Dokumente, aus Österreich von einer ziemlich wichtigen Stelle, die darauf hinweisen, wie sehr die ARGE-ALP zum Teil nichts anderes ist als eine — man nennt sie die commissione trilaterale — von den Amerikanern geförderte, politisch-militärische Expositur einer bestimmten bayerisch-amerikanischen Mentalität, die über den Sinn der ARGE-ALP, hinausgeht, die mit der ARGE-ALP an sich nichts zu tun hat. Die große erste Aufgabe der ARGE-ALP war ja die Sicherung der militärischen Durchgangsstraßen nach dem Süden, die Nord-Süd-Verbindung. Das war das Entscheidende. Da waren nicht nur die Bayern dahinter, da waren schon andere Kräfte dahinter, die nicht nur in München sitzen.

Sehen Sie, alles das sind Signale, die Sie setzen. Ich hoffe, es ist bereits gestern gesagt worden, daß der Strauß in Zukunft nur noch zur Brotzeit kommt und seinen Speck irgendwo ißt. Er hat hier nichts zu suchen, in dieser Funktion. Ich glaube, daß man ihm das auch klarmachen wird. Also, interessanterweise, im Jahre 1967 sollte Dr. Bruno Kreisky, der damals kein Regierungsamt innehatte, nach Südtirol kommen, um einen Vortrag zu halten — der Kollege Sfondrini weiß es noch, weil ich bei ihm den Saal gemietet hatte —, danach haben Sie, Herr Landeshauptmann, Sie und Ihre Mander in Rom einen Mords-Puff inszeniert, damit er nicht kommen kann. Sie haben den Minister Taviani bestürzt und energisch angefleht, daß der Herr Bruno Kreisky nicht kommen kann. Jawohl, ich werde Beweise bringen. Ihre Leute haben in Rom interveniert, damit Bruno Kreisky nicht kommt, den Vortrag zu halten, für den bereits die Plakate gedruckt waren und der Saal bei Sfondrini gemietet war. Dies, weil es euch nicht in den Kram gepaßt hat. In dieser Doppelzüngigkeit zeigt es sich, was Strauß und diese Leute für euch bedeuten.

Ich bin damit eigentlich am Ende meiner Ausführungen.

MAYR (SVP): (*unterbricht — interrompe*).

JENNY (SFP): Sie sind auch nicht hetzig, Herr Mayr. Ihre Zwischenrufe zeigen von einem so klein-karierten und niederen Niveau, daß ich wirklich Mühe habe, Sie anzuschauen.

Damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Die Tatsachen, die ich aufgezeigt habe, sind darauf ausgerichtet, während der Bilanz von den maßgeblichen Vertretern der Südtiroler Landesregierung, vielleicht vom Dr. Magnago selber, eine klare Antwort zu erhalten auf drei präzise Fragen:

— wie er sich vorstellt, daß diese Autonomie weiter funktioniert;

- wie er gedenkt, die Spannungen, die jetzt nach meiner Ansicht von Teilen seiner Partei — vielleicht ist nicht er der Verantwortliche — verursacht werden, zu beseitigen;
- die grundsätzliche Entwicklung, die er diesen Lande in dieser Situation geben kann, und was er über die effektive Situation in diesem Lande sagen kann.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa.

ORE 12.20 UHR

ORE 15.45 UHR

PRESIDENTE: La seduta riprende. Ha la parola il consigliere avv. Bertorelle.

BERTORELLE (DC): Signor Presidente, egregi colleghi, la relazione che il Presidente della Giunta provinciale fa sul bilancio quest'anno é in chiave di consuntivo dell'attività svolta nei quattro anni di legislatura passati e nello scorcio di questi ultimi tre mesi, ma è anche di verifica dell'adempimento dell'accordo programmatico, che quattro anni fa, proprio il 15 marzo 1974, è stato portato a conoscenza del Consiglio provinciale e discusso in occasione dell'elezione della nuova Giunta. A noi sembra giusto e doveroso il metodo scelto dal Presidente della Giunta provinciale, sotto questo aspetto, perché l'esame del bilancio è l'unica e l'ultima occasione che avremo per uno sguardo d'assieme sulle attività della Provincia prima delle elezioni. Quindi, c'è l'opportunità che si faccia questo consuntivo, questa verifica e che la si faccia anche in tempo utile, per non essere troppo vicini alle elezioni e che non venga poi influenzata dal clima elettorale. Il discorso, pertanto, fatto dal Presidente della Giunta provinciale nella sua relazione, è un discorso che se viene seguito dal Consiglio provinciale può effettivamente aprire ad una discussione ampia, larga e dirci anche fatta con tranquillità, perché non sotto l'assillo del tempo. Sappiamo che per quanto si vada avanti con le sedute del Consiglio, oggi e domani non finiremo; la prossima settimana non potremo riunire il Consiglio per altre ragioni e quindi si dovrà arrivare alla settimana successiva, permettendo ancora ulteriori riflessioni. Dobbiamo riconoscere che questa relazione è stata redatta con chiarezza e semplicità per cui è destinata non solo al Consiglio, ma a tutta la popolazione. Penso, riprendendo anche il discorso che hanno fatto i colleghi, tra i quali Nicolodi, che noi dovremmo far conoscere di più il lavoro che viene svolto dal Consiglio provinciale, dalla Giunta provinciale, attraverso delle opportune pubblicazioni, che abbiano caratte-

re molto più agile della nota pubblicazione, molto bella e molto importante, ma che esce un paio di volte all'anno. Vediamo che altre Regioni esagerano, sotto questo aspetto, ma credo che sia meglio esagerare, piuttosto che essere così parchi di relazioni come fa il nostro Consiglio e la nostra Giunta. Quindi, anch'io rivolgo preghiera al Presidente del Consiglio, che ha manifestato l'iniziativa di una pubblicazione del Consiglio e della Giunta, che riporti le notizie aggiornate e che esca ogni mese, sia pure in sintesi. Io prego di realizzare questa iniziativa e di insistere, perché, visto che l'ufficio stampa non è sufficiente ai compiti che gli sono stati affidati, le sintesi dei lavori e della Giunta e del Consiglio, si commissionino fuori, affidando questo compito a dei giornalisti esterni, in modo da poter fornire ai cittadini degli atti, che siano molto vicini al tempo in cui si sono svolti i fatti o si sono presi provvedimenti. Effettivamente, parlare oggi di situazioni che sono successe pochi mesi fa, non ha valore; così pure direi che la Giunta dovrebbe prendere l'iniziativa di predisporre dei libri bianchi su determinati argomenti, cioè di riassumere un po' tutto il pensiero che la Giunta ha concretizzato e tutta l'attività che la Giunta ha svolto in un determinato settore, per farlo conoscere alla pubblica opinione.

Questa relazione, secondo me, si presta ad una pubblicazione, perché è fatta in forma lineare, in modo che tutti possano leggerla facilmente. Si potrà dire che non è una relazione completa; si potrà dire che sono stati messi in evidenza gli aspetti positivi, dimenticando gli aspetti negativi; si potrà dire che si potevano aggiungere altre cose, ma non si può negare che rappresenta un punto di vista corredato da determinati dati. Questo è importante in un momento di polemica, suscitato dalla «Domenica del Corriere» e da tutti i giornali nazionali, dopo il servizio della «Domenica del Corriere», per vedere che cosa succedeva in Alto Adige. Tutto quello che succede in Alto Adige fa cronaca, fa notizia. Ed allora abbiamo visto l'interessamento del «Corriere della sera», abbiamo visto la «Stampa», «La Repubblica», e poi «Il Giornale» ed altri, che hanno già fatto diverse interviste. Pare che sia in preparazione anche un numero speciale del TG 2 incentrato proprio sui problemi dell'Alto Adige. Staremo a vedere che cosa ne verrà fuori. Da una parte sono curioso e dall'altra preoccupato, perché so che questi servizi fatti da persone estranee, che vengono qui e che avvicinano ambienti e persone, che magari non sono le più informate o le più preparate sull'argomento, spesso volte falsano la realtà. Ho ancora davanti ai miei occhi un servizio dell'anno scorso del TG 2 sulla situazione di Trieste, dopo i noti fatti dell'accordo internazionale di Osimo. Questo servizio, probabilmente

fatto con la migliore buona volontà ed intenzione, ha creato un caos nella città di Trieste, facendo raffigurare Trieste come una città di vecchi; un gerontocomio di persone nostalgiche di tempi passati, dimenticando completamente i temi di attualità. Ora mi pare che i partiti qui presenti, oltre alla decisione presa dalla Giunta e quindi dai partiti che fanno parte della Giunta, in particolare la Democrazia Cristiana e la Südtiroler Volkspartei, con quel comunicato abbiano espresso chiaramente la loro opinione sul servizio della «Domenica del Corriere». Ed il giudizio è stato nettamente negativo, per la superficialità nella trattazione di un tema così importante, e per le grosse inesattezze contenute, per la fantasia che spesso ha sostituito i fatti concreti, e per aver creato una grossa polemica e suscitato preoccupazioni, in particolare nel gruppo di lingua italiana, per aver facilitato contrapposizioni frontali tra i gruppi, senza permettere un serio discorso politico. Questa è l'accusa fondamentale che noi facciamo, cioè essere rimasti estranei ad un discorso politico di quadro generale, ma fondamentale, prioritario a tutti i fatti, e di non aver poi documentato questi fatti. Noi abbiamo pensato che oltre alla reazione subito espressa dalla Giunta provinciale, e quindi anche dagli Assessori della Democrazia Cristiana, sarebbe stata utile la pubblicazione di un «libro bianco» sui fatti denunciati; ma anche oggi siamo sempre dello stesso parere, nonostante sia passato ormai oltre un mese dalla prima pubblicazione del servizio della «Domenica del Corriere». Siamo convinti, cioè, che i cittadini che amano la pace e la verità devono giudicare sulla base di fatti imparziali corredati dei dati necessari. Ecco, probabilmente la relazione del Presidente della Giunta provinciale è una prima e indiretta risposta alle polemiche di queste ultime settimane. Senza scendere in particolare sulle accuse, il Presidente della Giunta provinciale presenta una realtà dell'Alto Adige notevolmente diversa sia dai titoli, che dai contenuti di quella stampa. Noi pensiamo che ciò sia utile e che possa prestarsi ad un dibattito democratico in Consiglio provinciale, ma che tuttavia non è ancora sufficiente, perché secondo noi occorre entrare anche nel merito di determinati fatti, di determinate situazioni. Occorre analizzare le situazioni, occorre cioè discutere anche sulle ragioni di un malessere, che esplose talvolta in maniera scomposta, ma che ha una sua base concreta, che ha una sua origine precisa. E questo, quindi, l'invito che rivolgiamo alla Giunta: non limitarsi ad una protesta, non limitarsi ad una azione giudiziaria, ma scendere nei fatti e assumere la responsabilità, la Giunta stessa, d'accordo magari con i gruppi, di stendere un libro bianco. Penso che un libro bianco diffuso nelle due lingue, costerà sempre meno delle pubblicazioni che vengono fatte due

o tre volte all'anno e che solo litograficamente hanno un costo enorme. In questo caso lasciamo da parte le fotografie e vediamo piuttosto i fatti, facendoli risultare concretamente.

Ora, premesso questo e fatta questa valutazione di carattere generale sulla relazione del Presidente, deve esserci consentito in questa sede, non di fare un'altra relazione, che non avrebbe nessun significato, e neanche di fare una relazione alternativa o aggiuntiva a quella del Presidente della Giunta provinciale, ma di illustrare viceversa quello che è stato, nel contesto dell'attività della Giunta, l'apporto e quindi l'opera dei rappresentanti della Democrazia Cristiana. Essi in questa legislatura, per due anni sono stati in Giunta assieme ai rappresentanti del Partito Socialista e per altri due anni sono rimasti soli, sia pure in stretto contatto con il rappresentante del Partito Socialista Democratico, il Presidente del Consiglio provinciale, che pur non facendo parte della Giunta, fa parte tuttavia della coalizione e con il quale partito evidentemente abbiamo dei precisi contatti. Naturalmente anche noi parliamo in Consiglio provinciale in occasione del bilancio 1978, perché è l'ultima occasione che ci viene offerta prima della fine di questa legislatura, ma lo facciamo anche perché la pubblica opinione senta e giudichi quella che è stata la presenza del nostro partito in Giunta e l'apporto che ha significato questa presenza. Ma lo facciamo in questa occasione, anche perché in questi ultimi mesi si è sviluppata una strana polemica nei confronti della Democrazia Cristiana, ad opera del Partito Comunista da una parte, del Partito Socialista dall'altra, diventando partito d'opposizione, da parte anche delle forze sindacali, che hanno dimostrato un legame sempre più stretto con le forze politiche di opposizione, assai più stretto di quando in Giunta era presente il Partito Socialista Italiano. Può darsi che sia una cosa logica e normale: il capo della CGIL appartiene al Partito Socialista ed è evidente che nel momento in cui gli uomini di questo partito sono in Giunta, anche il sindacato si mostri più ragionevole nei confronti della Giunta e non spari a zero, come oggi spesso succede. Questa però è stata la vicenda di questi ultimi due anni, vicenda che è culminata anche con uno sciopero generale, indetto solo nella provincia di Bolzano, con delle motivazioni che noi francamente, a distanza di alcuni mesi, con la massima buona volontà non riusciamo ancora a comprendere. Questo spiega perché ci sia stato uno sciopero anche nel campo della scuola, dove la competenza della Provincia è limitata, nel senso che essa ha competenze di carattere legislativo ed amministrativo, escluse le competenze sul personale che fanno capo allo Stato, per cui tutti i problemi del trattamento competono allo Stato. Ma sono state trovate anche in que-

sta occasione diverse ragioni per giustificare lo sciopero, ragioni che parimenti noi non riusciamo a condividere a distanza di qualche tempo. Dicevo di questa strana polemica che si è sviluppata nei confronti della Democrazia Cristiana ad opera dei partiti di opposizione, in particolare del Partito Comunista e del Partito Socialista ed anche da parte delle forze sindacali, che in questi ultimi due anni hanno rafforzato la loro opposizione alla Giunta, hanno rialzato la mira del fucile ed hanno sparato spesso volte a vista. Il continuo e costante coinvolgimento della Democrazia Cristiana alle responsabilità della Südtiroler Volkspartei, da parte di uomini e di organi di stampa del Partito Comunista e del Partito Socialista, rappresenta il pretestuoso motivo di una facile polemica, che tende ad attribuire la causa di tutti i mali ad un determinato blocco, considerato conservatore rispetto a forze considerate progressiste. Ora, a parte la demagogia di simili richiami, sui quali potremo discutere fino in fondo dove siano le forze conservatrici e dove siano le forze progressiste, occorre chiarire come e perché — più avanti lo dirò — il partito della Democrazia Cristiana non sia il partito della Südtiroler Volkspartei. Si tratta di due partiti diversi che pur avendo una matrice comune — a parte la demagogia di questi richiami, che è facile dire, ma difficile da dimostrare, e infatti le dimostrazioni non vengono e ci si limita a far affermazioni di principio — noi dobbiamo precisare proprio in questa sede che la Democrazia Cristiana collabora con la Volkspartei in Provincia, nei principali comuni e negli enti locali, in base a precisi accordi resi pubblici, non segreti. E lo fa nell'interesse dei cittadini che hanno dato il loro voto alla Democrazia Cristiana, perché essa gestisca nel loro interesse i problemi delle amministrazioni locali. Tale collaborazione negli organi esecutivi e negli enti, la Democrazia Cristiana la considera essenziale e garantisce che la Democrazia Cristiana e la Südtiroler Volkspartei non sono due partiti uguali, ma ritiene una parte importante della nostra vita politica la partecipazione agli enti pubblici; e su questo punto credo non vi saranno mai dubbi o tentennamenti da parte nostra.

La Democrazia Cristiana ritiene di aver svolto e di svolgere in Alto Adige quel ruolo che corrisponde alla sua ispirazione ideale e alla concezione dei rapporti tra i gruppi. Essa sopporta il peso maggiore della rappresentanza dei cittadini di lingua italiana e ladina, per la parte che viene data di voti ad essa, negli organi esecutivi dell'autonomia e degli enti locali, partecipando così all'amministrazione attiva ed agli oneri conseguenti, ovunque in posizione di minoranza, salvo che nei comuni di Bolzano, Merano, Laives, Bronzolo, Vadena e Salorno, di fronte ad una maggioranza assoluta, tenuta dai rappresentanti

del gruppo di lingua tedesca. La Democrazia Cristiana ritiene di seguire in questo modo una strada di pace e di progresso, che suo tramite consenta al gruppo di lingua italiana di partecipare — questo è un secondo aspetto — alla soluzione dei grandi problemi che condizionano la vita economica e sociale dell'Alto Adige, quali quelli della scuola, della casa, dell'occupazione, dello sviluppo economico, dei trasporti ed altri ancora. Ecco in questo senso noi riteniamo — sempre in riferimento alla partecipazione o meno di altre forze politiche alla vita della Giunta — che ad esempio quella grossa polemica che si è sviluppata sul problema della casa nel maggio dello scorso anno, forse non sarebbe stata di quelle proporzioni se il partito Socialista fosse rimasto in Giunta ed avesse condiviso le responsabilità portando anche tutti i contributi che fino a quel momento aveva portato. Senza poter dire che il Partito Socialista aveva approvato quella legge, tuttavia dobbiamo dire che eravamo assai vicini ad una convizione comune, su determinati punti, che poi avremmo definito nel colloquio definitivo con la Südtiroler Volkspartei. Ecco, io mi domando in questo senso se c'è una ragione o no di partecipazione delle forze politiche, indipendentemente dalla situazione politica in campo nazionale per queste stesse ragioni. Noi abbiamo partecipato alla Giunta in cui sarebbe stato assai comodo rimanere all'opposizione, quando i rappresentanti dei partiti della Südtiroler Volkspartei non erano d'accordo di fare patti di legislatura, perché non si era arrivati alla conclusione politica del «pacchetto». In quei tempi la nostra partecipazione è stata a puro titolo di presenza saltuaria, ma quando il clima si è migliorato nell'imminenza dell'approvazione del «pacchetto» nella legislatura 1968-1973, è stato concordato un primo patto di legislatura al quale hanno aderito la Südtiroler Volkspartei, la Democrazia Cristiana, il Partito Socialista e il Partito Socialista Democratico ed è rimasto per tutta quella legislatura. Lo stesso dicasi per questa legislatura. Anche in questa legislatura c'è stata una lunga discussione, tra il 1973 e i primi mesi del 1974, per stipulare un patto di legislatura e si è trovato d'accordo, anche se quell'accordo non era soddisfacente per tutte le forze politiche che vi partecipavano, in particolare per noi e per i socialisti e i socialdemocratici, che non riuscivano a mandar giù il problema della proporzionalità etnica nell'assunzione nei pubblici uffici. A maggior ragione oggi dovremo essere presenti negli organi esecutivi dell'autonomia e degli enti locali. E francamente, dobbiamo pur dirlo, dobbiamo ripeterlo, non abbiamo compreso il perché dell'uscita del Partito Socialista dalla Giunta nel 1976, né abbiamo compreso il perché dell'uscita del Partito Socialista dalle Giunte comunali in provincia di Bolzano. Ho voluto rileggere i verbali della se-

duta del 21 maggio 1976, quasi tre anni fa, nella quale si è discusso il problema delle dimissioni da Assessore effettivo del Consigliere provinciale Giuseppe Sfondrini. Ho voluto vedere e cercare di capire se c'erano ulteriori motivazioni che non avevamo sufficientemente compreso. Il capogruppo socialista diceva: *«Credo di poter subito dire che l'iniziativa del mio partito non ha niente a che vedere con contrasti di carattere etnico, di rapporti tra i gruppi, tra i cittadini di lingua italiana, tedesca e ladina nella nostra provincia: le conclusioni che il mio partito ha deciso sono di carattere politico e sociale»*. Questo fatto e questo passo per noi è molto importante. I socialisti non sono usciti per ragioni di contrasto etnico esistenti nella Giunta provinciale, ma sono usciti per altre ragioni di carattere nazionale, per differenziarsi e per uscire da tutte le responsabilità in tutti i posti dove era presente la Democrazia Cristiana, quasi come fosse un partito appestato, e nello stesso modo la Südtiroler Volkspartei, alleata della Democrazia Cristiana. Allo stesso modo non comprendiamo perché non si sia arrivati ad una conclusione nella Giunta a Bolzano, a Merano, e perché a Fortezza si sia ricorsi addirittura a degli episodi poco edificanti, che hanno costretto il Sindaco a dimettersi dal suo partito, dicendo che rimaneva pur sempre socialista, nel momento stesso in cui si è posto l'aut-aut ad una persona, che aveva preso un impegno preciso di fronte all'elettorato e questo impegno l'aveva da oltre 20 anni. Si è detto che doveva uscire e l'uomo non è uscito, perché l'uomo vale più del partito in determinate situazioni. A Vipiteno non comprendiamo perché sia uscito l'assessore Rossi, come non comprendiamo perché non sia rimasto nella Giunta comunale di Egna la presenza dei socialisti, i quali hanno creato e creano tutte quelle difficoltà che noi conosciamo e di cui desidero poi brevemente accennare, naturalmente sempre accettando e rispettando la volontà del Partito socialista, il quale è entrato in base ad un patto e può uscire in base ad una sua decisione: la porta è aperta, uno può entrare ed uno può uscire. Questo non vuol dire minimamente apprezzamenti di carattere democratico nei confronti del Partito Socialista. L'apprezzamento è viceversa sulla mancanza di corresponsabilità, quando corresponsabilità c'è sempre stata e nell'approvazione del «pacchetto» e nell'approvazione delle norme di attuazione ed in tutti gli altri casi in cui si metteva in discussione, come l'ultima mozione dell'anno scorso sui 2.000 ferroviari, le norme di attuazione ed il «pacchetto».

Per quanto riguarda il Partito Comunista, il discorso è evidentemente diverso. Le stesse ragioni che non consentono alla Democrazia Cristiana di governare a Roma accanto al Partito Comunista, esistono anche localmente. Però anche qui l'anticomu-

nismo della Südtiroler Volkspartei è diverso dall'anticomunismo della Democrazia Cristiana. La Südtiroler Volkspartei fa barriera contro possibili infiltrazioni del Partito Comunista nel gruppo di lingua tedesca. Noi rispettiamo questo punto di vista; anche noi saremmo ben contenti se nel nostro elettorato non ci fossero infiltrazioni comuniste. Evidentemente ogni partito vede la sua posizione e non è molto d'accordo che altri partiti intervengano. Ma, la Democrazia Cristiana intende mettere in rilievo nel confronto con il Partito Comunista, soprattutto la concezione del marxismo, sia pure riveduta e corretta sotto la forma di eurocomunismo, e la concezione di pluralismo di ispirazione cristiana della vita e della società, che ha la Democrazia Cristiana, in un serrato confronto nel quale siano anche prospettate soluzioni dei nodi sociali ed economici del Paese. Quindi, mentre la Südtiroler Volkspartei dice no al Partito Comunista: non voglio neanche discutere con te, noi diciamo: no al Partito Comunista, però con te discuto, però con te apro un discorso, affinché ci sia un confronto sia tra la concezione della vita e della società fondata sul marxismo e quella fondata su una forma di pluralismo di ispirazione cristiana, e ci sia anche confronto sui temi e sui nodi politici più importanti, quali sono il lavoro, i trasporti, la sanità, tutti quanti quei nodi che tengono occupata e preoccupata la nostra società. Noi non abbiamo nessuna intenzione di distinguerci dalla Südtiroler Volkspartei anche se c'è — dicevo prima — una comune matrice di ispirazione cristiana. Noi riconosciamo il valore di una lotta condotta dalla Südtiroler Volkspartei, per la tutela della minoranza etnica esistente entro i confini dello Stato italiano e della battaglia autonomistica conseguente. I rappresentanti della Südtiroler Volkspartei, in particolare Benedikter, anche in sede nazionale sono stimati per il loro attaccamento autonomistico e sono anche consultati sotto questo aspetto per la loro forza autonomistica. Anche noi siamo sempre stati un partito autonomistico dai tempi lontani quando nel '46 c'era molta più convinzione in uno stato regionale da parte nostra — la tradizione sturziana del 1921 — che non da parte del Partito Comunista, il quale pensava nel 1946 di arrivare direttamente al Governo senza bisogno dei comuni e delle regioni. E questo è un fatto storico che nessuno può disconoscere e quindi anche noi non abbiamo niente da rimproverarci a questo riguardo nella lotta per l'autonomia. Ma dobbiamo pur dire che si tratta di due partiti diversi, che perseguono obiettivi spesso diversi. È una cosa evidente anche per la situazione storica in cui si trova il nostro Paese. Per la Südtiroler Volkspartei lo scopo fondamentale della sua attività è la tutela del gruppo di lingua tedesca; per svolgere questo compito la Südtiroler Volkspartei ha attenuato, fi-

no quasi a cancellarlo, il carattere di partito di ispirazione cristiana, pur presente nel suo statuto, ed ha accentuato viceversa il suo carattere di partito di raccolta. Questa è una situazione di verità, che non credo possa suonare come accusa. Certo che noi vorremmo che venissero fuori, anche nella Südtiroler Volkspartei, quegli aspetti di partito popolare europeo, come è la CDU, come è la Volkspartei austriaca. La Democrazia Cristiana, invece, è chiaramente inserita nel quadro dei partiti popolari di ispirazione cristiana ed ha una sua caratterizzazione particolare nella nostra provincia, conseguente alla sua natura tesa ad una politica di collaborazione tra i gruppi linguistici e di pacifica convivenza. Ed è chiaro che in questa sua politica non trova posto la lotta di classe, non solo per i suoi principi, ma anche perché la lotta di classe in Alto Adige non può superare i problemi etnici esistenti, ma anzi li aggrava, aggiungendo un nuovo motivo di divisione tra il gruppo italiano e il gruppo tedesco. La Südtiroler Volkspartei risponderà per conto suo alle accuse — ha certo tutta la capacità e la forza per rispondere —, ma la Democrazia Cristiana non può assolutamente accettare l'accusa di aver condotto una politica di deterioramento della situazione, come si legge nel giornale locale del Partito Comunista del 10 c. m. Questo è veramente un completo stravolgimento dei fatti, di chi ritorce ad altri un'accusa che sente cadere sulle sue spalle. Ci sono fatti che dimostrano qual'è stata l'azione della Democrazia Cristiana in tempi non sospetti, un'azione lineare, ciò che non si può dire altrettanto per il Partito Comunista, che ha avuto anche lui il suo periodo nero, per es. la gestione Nardin, nella quale nessuno può negare che vi sia stato uno spirito nazionalista. Ciò non si può dire altrettanto del Partito socialista, che ha avuto anche esso le sue zone d'ombra. Tanto per citarne una, la vicenda sulla proporzionale etnica, che è andata avanti per un anno al comune di Bolzano. Si tratta cioè di un'accusa che viene portata dal giornale comunista locale sia alla Democrazia Cristiana, che alla Südtiroler Volkspartei, sempre accusate di deterioramento della situazione locale, ma è una accusa talmente sconsiderata che non meriterebbe risposta. Basta andare con la memoria alla storia dell'Alto Adige in questi ultimi trent'anni per comprendere qual'è stato lo sforzo della Democrazia Cristiana per arrivare ad una pace etnica, consapevole di operare in senso democratico ed europeo, nel fare una politica che esca dai confini della nostra provincia, per assumere un respiro nazionale ed europeo. Ed allora ecco che la partecipazione della Democrazia Cristiana negli organi esecutivi è lo strumento per fare politica nelle sedi in cui vengono prese le decisioni che riguardano tutta la popolazione.

L'altro giorno mi trovavo a Egna dove si contestava in tutti i modi la nostra partecipazione alla Giunta; io dicevo che eravamo fieri di partecipare alla Giunta comunale di Egna e che, per quanto riguardava il nostro partito, non ne saremmo usciti tanto facilmente, perché riteniamo nostro dovere restare lì e non provocare crisi. Nessuno potrà ragionevolmente accusare il nostro partito di avvalersi di questo strumento, che non solo è normale in democrazia, perché tutti i partiti cercano di far parte del potere — in campo nazionale vediamo con quanta insistenza il Partito Comunista chieda di far parte del Governo —, ma che addirittura qui nella nostra provincia è previsto e sollecitato dallo Statuto, che lo considera quasi come un diritto del gruppo etnico, unica forma in tutto il Paese, nel quale al di fuori di accordi per la formazione della Giunta, al di fuori di patti per la formazione di un determinato organismo, ci deve essere la presenza proporzionale dei rappresentanti di un gruppo o dell'altro. E noi non dovremmo avvalerci di questa norma statutaria, che impone addirittura la presenza? E noi dovremmo addirittura essere messi sul banco degli accusati per partecipare a quei posti ai quali lo Statuto ci invita e ci fa obbligo di partecipare? Ho trovato quell'esposto che nel 1962 il nostro partito ha inviato alla commissione dei 19, quando venne a Bolzano per sentire tutti gli esponenti della popolazione. Ecco, c'è un punto che voglio rileggere, perché dimostra una continuità di azione. Parlo del 1962, cioè di 15 anni fa. L'esposto dice: *«Riteniamo, inoltre, che il carattere di mistilinguità dell'Alto Adige comporti per i diversi gruppi in esso esistenti il diritto di condividere direttamente ed equamente le responsabilità della vita legislativa ed amministrativa degli enti autonomi e ciò attraverso le attuali disposizioni statutarie, che tale diritto garantiscono e rendono effettivo per tutti i gruppi»* . . . *«Il nostro Partito, che fin dall'inizio dell'autonomia ha sempre partecipato alla Giunta provinciale è stato spesso severamente criticato dalla stampa degli altri partiti e da molti ambienti della provincia di Bolzano; solo in questi ultimi tempi si è capita l'importanza della compartecipazione agli organi esecutivi della Provincia di elementi di lingua tedesca e di elementi di lingua italiana»*. Ecco un documento di ciò che era il nostro punto di vista e come noi ritenevamo questo diritto di compartecipazione alla vita pubblica una delle basi del nuovo statuto, che poi politicamente si è concretato nel 1969 e giuridicamente con la legge costituzionale del 1972. Le accuse di lottizzazione non ci toccano dal momento che sentiamo come un dovere democratico e di adempimento statutario essere presenti nei luoghi dove si decide, dal momento che abbiamo sempre dimostrato la massima apertura ad altre forze nella corresponsabilità della conduzione della co-

sa pubblica ed abbiamo sollecitato queste forze a parteciparvi. Certo la nostra partecipazione è di minoranza di fronte alla maggioranza assoluta della Südtiroler Volkspartei, e nello stesso ambito del gruppo di lingua italiana la Democrazia Cristiana non rappresenta la maggioranza assoluta: la nostra presenza è di un 38%, com'è in campo nazionale. Questi sono i limiti numerici e quindi i rapporti di forza democratica dei quali occorre tener conto, non pretendendo dalla Democrazia Cristiana più di quanto essa rappresenti in virtù del suffragio elettorale. Ma la nostra partecipazione alla Giunta provinciale avviene sempre tenendo presenti sia gli interessi della popolazione di lingua italiana e ladina, nel rispetto delle singole esigenze del gruppo di lingua tedesca, sia la natura e gli ideali di un partito come il nostro, democratico e popolare, qui nella nostra provincia più che mai, dove la base popolare è chiaramente di ispirazione cristiana, presentando ai cittadini i problemi che ci uniscono, ma anche quelli che ci dividono con la Südtiroler Volkspartei, arrivando al voto contrario su determinate leggi appoggiate dalla Südtiroler Volkspartei, o votando a favore di leggi osteggiate dalla Südtiroler Volkspartei. Un esempio ce lo dà la recente proposta di legge del collega Gouthier, cioè abbiamo mantenuto una certa libertà di azione per i temi non previsti dagli accordi stipulati all'inizio della legislatura. Allora mi sembra chiaro il servizio svolto dalla Democrazia Cristiana a favore delle nostre popolazioni ed il valore della partecipazione agli organi esecutivi.

E cade così anche l'accusa di vedere nel «pacchetto» una delega permanente alla Südtiroler Volkspartei della vita pubblica. Ne parlava il collega Gouthier nella discussione sulla legge presentata recentemente, sull'aggancio al censimento della proporzionale etnica. Voi avete delegato, diceva Gouthier rivolto alla Democrazia Cristiana, alla Südtiroler Volkspartei tutta la vita pubblica. Il «pacchetto» prevede ampie potestà legislative ed amministrative alla Provincia, ma prevede anche garanzie precise per l'equilibrato rapporto di convivenza tra i gruppi. Ed in questo quadro c'è un partito che ha la maggioranza assoluta dei cittadini qui conviventi e che ha il 95% dei voti della popolazione di lingua tedesca. Questi sono i dati di fatto con i quali occorre discutere. Un uomo politico deve essere realista nella valutazione di questi suffragi raccolti democraticamente in un regime e in un clima democratico. Certo, c'è il pericolo, e lo si è visto più volte, che la tentazione del potere della maggioranza assoluta si faccia sentire e vada al di là della giusta tutela dei diritti della minoranza etnica, ma in ogni modo penso che in questo caso mai è mancata la voce della Democrazia Cristiana per richiamare a quei principi di convivenza che richiedono un uso moderato del potere ed una presa

di posizione chiara, come poi illustrerò se sarà necessario. Ma occorre che tutti i partiti, al di là delle loro posizioni politiche ed ideologiche che li contraddistinguono e al di là dei traguardi politici che intendono perseguire, mi riferisco per es. ai principi della lotta di classe, che portano i partiti socialista e comunista a presentare cittadini del gruppo di lingua tedesca e sostenerli anche con i voti di cittadini di lingua italiana, sentano questi partiti la necessità di collaborare per la costruzione di una società altoatesina o sudtirolese, che è diversa, volenti o nolenti, da quella delle altre regioni o province, dove convivono tre gruppi linguistici tanto diversi tra loro, una società nella quale il bilinguismo diventa una delle componenti, ma non solo questo. Anche il riconoscimento della storia di ciascun gruppo, delle sue tradizioni, della sua mentalità, rientra in questa concezione di società. Un territorio dove ciascuno dovrebbe poter parlare nella propria madrelingua nei rapporti con la pubblica amministrazione e con i concessionari di servizi pubblici; dove la partecipazione agli organi esecutivi degli enti autonomi locali, come dicevo prima è addirittura obbligatoria; dove il personale degli enti pubblici viene assunto nella stessa proporzione che corrisponde alla composizione della popolazione; dove ci sono scuole separate per gruppi; dove c'è un proprio Tribunale di giustizia amministrativa con compiti supplementari, oltre a quelli previsti dalla legge in ogni sede di capoluogo di regione; dove è conferito un tipo di ricorso popolare ai consiglieri provinciali: alla Corte costituzionale, al Tribunale di giustizia amministrativa, contro leggi che ledono la parità dei cittadini dei diversi gruppi; dove c'è un ente che provvede alla riczione dei programmi televisivi dei Paesi dell'area germanica: un territorio, quindi, che ha tutte queste caratteristiche che non esistono in nessun'altra parte d'Europa e del mondo, richiede una disponibilità particolare di tutti i partiti, una collaborazione per la formazione del tipo di società e del cittadino, al di là dei rapporti di maggioranza e di minoranza, di governo e di opposizione. Questo è il compito che, secondo noi, spetta ai partiti e il lavoro è improbo. Si tratta di rimarginare ferite di un passato lontano e di un passato recente, di attendere con pazienza il maturarsi di determinati avvenimenti, evitando però nel frattempo di creare nuovi motivi di contrasto. Tutto ciò si può fare e questa chiarezza di rapporti si può avere senza arrivare a contrapposizioni polemiche, che non fanno altro che approfondire il solco dei rapporti fra i gruppi.

Si dice sì all'autonomia e quindi al «pacchetto» che il Partito Comunista e il Partito Socialista hanno approvato; si dice no all'uso antidemocratico e discriminatorio che il gruppo della Südtiroler Volkspartei e della Democrazia Cristiana fanno. E noi se-

guiamo questo discorso di adattare determinate norme di attuazione ad enti ed istituti, con ordinamenti particolari, sostenendo l'aggancio della proporzionale etnica al censimento, cioè ci deve essere un uso giusto di quanto previsto dallo Statuto. Però, attenti che il principio anzidetto: «sì all'autonomia, no allo uso antidemocratico e discriminatorio» — riporto il titolo di un giornale comunista —, attenti che il principio anzidetto non diventi uno slogan di comodo per chi ha approvato il «pacchetto», ben sapendo come stavano le cose, ed ora cerca una via di uscita per coprire settori di pubblica opinione che reagiscono all'applicazione dello Statuto. Attenti cioè che non si arrivi alla fuga delle responsabilità proprio nei momenti in cui sarebbe più necessaria una concreta testimonianza da parte di chi ha approvato il pacchetto ed ha attuato le norme di attuazione. Il «pacchetto», prima di essere approvato dal Parlamento, ricordiamoci che è stato discusso ed approvato in tre giorni di dibattito appassionato, al quale hanno partecipato tutti i gruppi politici in Consiglio regionale nel 1969, ed è stato approvato da parte delle stesse forze politiche e dagli stessi uomini che sono ora presenti in Consiglio provinciale. Sono le stesse persone, perché quel momento è ancora vicino: Sono 8 anni! Questi partiti e questi uomini non erano sprovveduti, non sono sprovveduti, anzi, avevano delle doti politiche e queste stesse persone avevano vissuto le vicende di tutti questi anni nei diversi posti, oltre che nel Consiglio regionale e provinciale, nei comuni e in altri enti. Capivano bene il significato delle norme sul pacchetto e questi stessi uomini partecipano ora all'attenzione delle norme nell'apposita commissione e conoscono i problemi fin nei minimi particolari, problemi che oggi sono sul tappeto. E per questo che a un certo punto suona talvolta ridicolo anche quello che si sente dire: ma io non credevo, ma io non sapevo, ma io non pensavo. Quelle stesse forze politiche che hanno approvato il «pacchetto» nel 1969 si sono espresse in sede regionale, perché il Governo prima di portarlo al Parlamento, con un gesto molto democratico ha voluto che si esprimesse anche il Consiglio regionale, e se voi ricordate in quella sede soltanto il Movimento Sociale Italiano e il Partito Liberale si sono dissociati, mentre c'è stata l'unanimità da parte di tutti gli altri partiti. Questo è documentato dai fatti. A quei partiti, quindi, chiediamo la necessaria coerenza e la necessaria corresponsabilità, anche se non sono mai stati in Giunta, anche se sono usciti dalla Giunta di loro volontà. Così quando si dice — questo lo dice sempre il collega Gouthier e il giornale comunista — che la Democrazia Cristiana ha guardato con diffidenza, con distacco, con ostilità, ad ogni forma di articolazione sociale e politica all'interno del gruppo di lingua tedesca, tutte le parole, messe così, che difficil-

mente vengono capite da chi non conosce il linguaggio politico, che cosa vogliono dire? Vogliono dire in parole più semplici che la Democrazia Cristiana non ha mai voluto interferire o intervenire o penetrare o mettere le mani nell'interno del gruppo di lingua tedesca, come fanno — padronissimi di farlo — il Partito Socialista e il Partito Comunista. Ora noi confermiamo questo nostro atteggiamento, che discende da una valutazione generale, cioè la collaborazione tra i gruppi, che presuppone il riconoscimento della realtà e delle entità di ciascun gruppo. E proprio in questo sta un'altra caratteristica della situazione della nostra provincia e se si parla di divisione e di separazione, lo si deve dire in questo quadro di presenza tra i gruppi linguistici diversi. Queste divisioni non le abbiamo create noi e queste separazioni tra i gruppi sono una conseguenza logica di una situazione storica; è la conseguenza della presenza di un forte gruppo di minoranza etnica inserita entro lo Stato. Allora il problema è di arrivare ad una forma di rispetto per ogni gruppo, cosicché ognuno si senta a suo agio e si senta in casa propria e si possa sviluppare una forma di concreta collaborazione, nel rispetto della stessa legge, degli stessi principi costituzionali e statutari. E questo è un tasto sul quale sarebbe interessante poter continuare un discorso, perché lo si sente ripetere in ogni occasione. Voi dividete quando la divisione è una situazione ben chiara e ben conseguente di una situazione politica ed etnica esistente nella nostra provincia. Ma io vorrei rileggere, perché anch'io come ha fatto il Presidente mi sono riletto il programma di legislatura, un passo dell'accordo di legislatura che si riferisce all'argomento che stiamo esaminando. L'accordo di legislatura dice che *«esiste un passato storico non privo anche di gravi ingiustizie, che va sempre più superato alla luce delle nuove prospettive che la legge costituzionale 10. 12. 1971, n. 1, offre, tra cui quella di ricercare una nuova coscienza politica: le popolazioni locali, arricchite di maggior autogoverno e quindi inserite in più vaste autonome responsabilità, dovranno apprestarsi a svolgere, mantenendo la propria identità etnico-linguistica, un ruolo molto importante nel quadro di una convivenza europea che supera le barriere politiche aprendo una prospettiva che dovrà testimoniare la volontà di collaborazione ed intesa tra le popolazioni conviventi ed assicurando, nel presupposto di un rafforzamento delle garanzie a favore del più libero sviluppo delle popolazioni di lingua tedesca e ladina, il raggiungimento delle migliori condizioni di vita a favore di tutti i gruppi linguistici che qui convivono e la realizzazione di una effettiva giustizia sociale. In linea del tutto generale viene ribadito il proposito di respingere qualsiasi politica di assimilazione dei gruppi etnici, sen-*

za con ciò promuovere una tendenza alla separazione: ciascun gruppo deve poter svilupparsi naturalmente nell'ambito «regionale» e nazionale, il che significa che per ragioni della convivenza pacifica ci opponiamo a qualsiasi tentativo di alterare artificialmente, cioè con misure legislative ed amministrative, l'attuale rapporto numerico dei gruppi etnici. Ciò significa anche che si è decisi ad assicurare con tutti i mezzi a disposizione dell'autonomia allargata la conservazione della tradizionale «Kulturlandschaft» del Tirolo del Sud, quale maggiore ricchezza del territorio accanto alle risorse idriche». Questo era contenuto nelle prime pagine dell'accordo. Su questo punto, ho confrontato i verbali, non c'è stata discussione. Mi pare di poter concludere che se non c'è stata discussione su questo punto, tutti, maggioranza ed opposizione, abbiano accettato questo principio. È strano che oggi questi principi si mettano in discussione.

Noi siamo rimasti fedeli e il nostro peccato è quello appunto di essere rimasti fedeli a quello che era un punto programmatico. Chiediamo che però anche gli altri partiti, che in quella sede non sono intervenuti — quelli di opposizione potevano intervenire per dire che non erano d'accordo — confermino la loro fedeltà, pur nel loro ruolo di opposizione. Ecco, noi chiediamo anche ai colleghi del Partito Comunista e del Partito Socialista una coerenza di atteggiamenti dentro e fuori il Consiglio provinciale. Noi abbiamo sentito ieri il discorso di Gouthier e di Nicolodi; discorsi improntati al rispetto verso tutte le forze politiche qui presenti, che esprimono talune valutazioni, preoccupazioni, che anche noi abbiamo, in un complessivo senso di responsabilità. Ma al di fuori di questa sede, per i militanti dei partiti, per i lettori dei giornali, per i cittadini, si dicono ben altre cose, che vanno al di là di quelle che sono le polemiche politiche, pure normali in democrazia. Ho citato per esempio la recente pubblicazione del Partito Comunista, dove si legge in prima pagina che la politica della Südtiroler Volkspartei e della Democrazia Cristiana ha condotto al deterioramento della situazione. Questo è un titolo su quattro colonne, e sotto il titolo si parla di entrambi i partiti, quindi per la Democrazia Cristiana e per la Südtiroler Volkspartei, di divaricazione, di separazione, si parla di concezioni nazionalistiche, si parla di abbandono dei valori fondamentali di democrazia, libertà, tolleranza e rispetto reciproco. Queste cose non le abbiamo sentite ieri nel discorso fatto da Gouthier, anzi il suo era un discorso, che pur nell'interesse del suo partito, era veramente rispettoso verso tutte le forze, sia verso la Südtiroler Volkspartei, che verso la Democrazia Cristiana. Più avanti si dice che per la Südtiroler Volkspartei e per la Democrazia Cristiana l'auto-

nomia è solo una macchina di potere e di lottizzazione. Si dice per esempio che la legge sui quartieri introduce dei principi palesemente truffaldini ed io mi domando se l'applicazione dell'art. 61 dello Statuto è un'applicazione truffaldina di una norma statutaria. L'art. 61 prevede che la stessa proporzione esistente nei Consigli comunali sia presente anche in tutti gli organi e si dice che i consigli di quartiere sono organi dei comuni. Quindi è truffaldina l'applicazione dello Statuto. Ecco, ci si domanda veramente perché queste cose non si dicono anche qui dove si potrebbero controbattere.

Il Partito Socialista nel suo comunicato del 2 marzo dice che *«forse mai come oggi è chiaro il tentativo delle forze politiche di maggioranza (Democrazia Cristiana e Südtiroler Volkspartei) di accentuare in senso involutivo la tensione tra i diversi gruppi linguistici puntando ad una divisione della popolazione»* — ecco il concetto espresso dal Partito Socialista — e continua *«soprattutto della classe lavoratrice che passa attraverso i gruppi etnici per poter controllare e frenare distintamente e separatamente ogni processo di crescita delle forze progressiste. Tale impegno conservatore trova evidentemente elementi di contraddizione proprio nella linea politica della Südtiroler Volkspartei.»* Poi parla della Volkspartei, ritornando però poco dopo a parlare di Democrazia Cristiana dicendo che *«l'autonomia rischia di diventare un momento accentratore del potere in senso conservatore utilizzato dalla Democrazia Cristiana e dalla Südtiroler Volkspartei per il mantenimento di equilibri politici»* e poi si augura che *«sia possibile respingere qualsiasi tentativo involutivo di contrapposizione etnica, che ha il preciso scopo di difendere una politica nazionalistica, anti-operaia, conservatrice, e che recentemente esponenti di rilievo della Dem. Crist. e della Südtiroler Volkspartei hanno eloquentemente manifestato ricercando strumentalizzazioni nell'applicazione delle norme più importanti.»* Abbiamo sentito il consigliere Gouthier lanciare le sue accuse contro il servizio della «Domenica del Corriere». È intervenuto il Partito Comunista ed è intervenuto il Partito Socialista; di questo dobbiamo darne atto, dopo che i partiti che facevano parte della Giunta si erano subito espressi. Però ci chiediamo se accanto a certa stampa che soffia sul fuoco del nazionalismo, non si debba anche giudicare — non dico condannare — ed esaminare il comportamento di partiti che pubblicano giornali come quello che ho letto o comunicati come quello che ho riportato. In questi giorni la Democrazia Cristiana è dipinta come un gruppo di potere, spregiudicato, responsabile del deterioramento della situazione, fomentatore di divisioni e di separazioni, preoccupata solo di accaparrarsi i voti della popolazione

italiana. E chi legge questi articoli è inevitabilmente portato a reagire o a rafforzare la sua convinzione su coloro che sarebbero la causa di tutti i mali e così si prendono due piccioni con una fava: da una parte si asseconda la pubblica opinione o quella parte di pubblica opinione, che è irritata nei confronti della Südtiroler Volkspartei e quindi si perseguono anche i suffragi di questa popolazione; dall'altra si combatte il maggior partito di lingua italiana, la Democrazia Cristiana, con l'intento chiaro di ridurlo fino all'osso. Ecco la responsabilità di partiti, oltre che della stampa e dei sindacati, sempre portati all'accusa più violenta ed incontrollata pur di far colpo sulla gente. Noi non chiediamo censura, sarebbe assurdo; noi non chiediamo bavaglio a partiti, a sindacati, a stampa, ecc., ma chiediamo un maggior senso di responsabilità, una maggior valutazione nel quadro politico nel quale siamo inseriti, perché è un quadro politico che inevitabilmente si ritorce nei confronti di tutti, anche di coloro che in tutti i modi cercano di superare certe contraddizioni, anche di coloro che vedono che attraverso i rapporti etnici non riescono a far breccia ed allora fanno leva sui rapporti della lotta di classe per poterli sostituire ai rapporti etnici. Chiediamo anche noi di essere giudicati sui singoli fatti, dopo un'adeguata motivazione di giudizio. Quando abbiamo per esempio esposto il nostro punto di vista, assieme ai socialisti, assieme ai comunisti, sul problema della proporzionale etnica, c'è stata una motivazione ben chiara e la Südtiroler Volkspartei se n'è resa conto e se ne rende conto fino in fondo e credo che sia anche imbarazzata di questa situazione che essa non ritiene di poter superare e che rappresenta un ostacolo serio nei rapporti fra i gruppi.

È chiaro per esempio che Egna sta diventando il simbolo dell'oppressione scolastica per certi partiti e per certi ambienti, che ogni discorso di ragione non viene ascoltato, che genitori vengono aizzati, strumentalizzati, perché ingenuamente credono e poi perché sono in gioco i problemi che riguardano i loro figli. Che cosa non fa un padre per i propri figli? Oggi, per esempio, c'è uno sciopero ed anche gli insegnanti si sono volenterosamente prestati a questo sciopero. Io sono stato colà l'altro giorno ed ho preso la mia razione di fischi, come in altre occasioni, di urli, di proteste, di difficoltà di parlare in tutti i modi, per aver detto che non è giusto portare questi ragazzi e questi bambini allo sciopero. Non è giusto coinvolgere scolari in azioni di sciopero. Questo, secondo me, è antidemocratico, è rovinare i giovani e lo vediamo in tutti i modi come questo succede. Naturalmente sono stato zittito e contestato. Ma questo avviene perché c'è qualcuno che ha voluto il casus belli e purtroppo in questo strano gioco c'è caduta anche la Südtiroler

Volkspartei, con il suo atteggiamento intransigente che ha alimentato questa forma di protesta. Ora, noi non abbiamo difficoltà a riconoscere quello che è contenuto nello statuto, cioè la scuola di gruppo; lo Statuto non dice edificio di gruppo, ma non abbiamo nessuna difficoltà a riconoscere che se un gruppo chiede di avere una scuola per i suoi alunni questo non si possa impedirlo, se ciò viene accompagnato da una motivazione di fatto, per cui ci sono tanti alunni e tutte le premesse per fare una scuola solo per loro. Possiamo esprimere il nostro punto di vista politicamente diverso, nel senso che se fossimo noi a decidere non avremmo difficoltà a mettere nello stesso edificio, magari con porte separate ed alcuni servizi in comune, giovani di un gruppo e dell'altro; ma poiché non siamo noi che decidiamo — noi partecipiamo alle decisioni — non possiamo contestare. Questo l'ho detto chiaramente ed è stato uno dei motivi dei fischi e degli urli. Il problema è di vedere come si può risolvere la situazione scolastica in quella località, senza lasciare né vinti, né vincitori. Penso che la pace etnica in quella zona valga ben di più di uno stanziamento, che può essere più o meno grosso, e valga bene la ricerca di ulteriori soluzioni, anche se costano di più. L'edilizia scolastica, noi lo sappiamo, nella nostra provincia deve sopportare anche maggiori costi dovuti alla divisione scolastica, ma tutto ciò deve avvenire senza battaglie etniche. È grave la responsabilità di chi ha promosso, sollecitato per scopi di parte queste iniziative, ma grave sarebbe anche la responsabilità della Südtiroler Volkspartei se non consentisse che su questo problema ci fosse un'ampia discussione, se con il suo peso non volesse in tutti i modi evitare che si arrivi alla guerra etnica su questo punto. In quell'assemblea ad un certo punto, quando dicevano: ma Magnago, Magnago ha fatto, ha detto, ecc., ho risposto: guardate che ho parlato con il Presidente Magnago e lui ha detto che è disposto a venire ad Egna per spiegarvi queste cose. Ecco, prego il Presidente Magnago di confermare quanto ci ha detto nell'incontro che abbiamo avuto dieci giorni fa su questo argomento e di andare là a parlare. Penso che il Presidente della Giunta provinciale, che è un uomo che ha coraggio e sa che cosa può raggiungere, possa fare anche questo sacrificio ed andare sul posto per avere un contatto con le popolazioni italiane e tedesche, onde spiegare la situazione. Naturalmente ci sono delle situazioni che hanno anche carattere oggettivo, che vanno studiate, vanno approfondite: c'è il problema della scuola elementare che scoppia, con i bambini di lingua tedesca che hanno addirittura tripli turni. Questo è un fatto incontestato e quindi una soluzione si potrebbe trovare anche in questo modo, senza toccare e senza mettere in discussione quelle

che sono le esigenze del gruppo di lingua tedesca, che pur non condividendo tuttavia comprendiamo. Credo che valga la pena di fare questo. Ci sono dei temi nei quali è difficile trovare l'accordo, come per esempio quello della proporzionale etnica, quello della RAI, ecc., dove effettivamente ci sono delle difficoltà, ma una Giunta che ha un bilancio di 400 miliardi, che ha un'attività così vasta, dovrebbe perdersi soltanto per un problema che riguarda Egna e che ha scatenato tutto quel putiferio, o dovrebbe perdersi soltanto nella riaffermazione del prestigio di chi dice: così abbiamo voluto e così deve essere? Se questo avviene, avviene soltanto per colpa di un partito; e se noi dovessimo seguire le voglie di questo partito, sarebbe finito tutto in provincia. Questo non è un discorso giusto: chi fa politica deve aver pazienza per tutte le situazioni ed io sono convinto che una soluzione c'è, una soluzione che può accontentare se non tutti, una gran parte della popolazione, ma occorre evitare in tutti i modi che Egna diventi il simbolo di una guerra etnica con tutti i precedenti che noi sappiamo e che voi sapete.

Allo stesso modo — ce ne accorgiamo adesso — arrivano i risultati di una campagna di odio condotta da anni, di una assuefazione alla violenza, di troppe e compiacenti giustificazioni alla violenza, di tonnellate di stampa in mano ai giovani, che incitano all'odio e alla violenza. Mi riferisco per esempio alle pubblicazioni Feltrinelli, che i giovani leggono, che non fanno altro che incitare alla violenza. E poi le conseguenze ci sono e se succedono fatti come quello per il quale tutto il Paese, almeno la stragrande parte del Paese, è angosciata, è preoccupata di una situazione nella quale ci troviamo, è anche perché si è consentita questa azione di incitamento all'odio e alla violenza. Proprio oggi c'è un articolo di Amendola del Partito Comunista, che dice: *«Per liberare l'on. Moro e respingere l'offensiva terroristica bisogna valutare il carattere e la natura del nemico da battere. Troppo semplicistiche giustificazioni sociologiche, troppi cedimenti ingiustificati, troppe coperture culturali hanno creato attorno al partito dell'estremismo armato una cintura protettiva. Certo bisogna che le necessarie riforme...»*. Questo dice l'on. Amendola, uno dei membri della direzione del Partito Comunista. Anche l'on. Antonello Trombadori, personaggio di primo piano del Partito Comunista, scrive e se la prende con gli intellettuali, con certi scrittori, con certi registi, con certi artisti, con certi sociologi, con certi politologi, con tutta questa gente che da anni giura, sostiene, racconta, scrive e quel che è peggio insegna che nel nostro Paese c'è uno stato repressivo, uno stato tirannico, uno stato che nega le libertà, uno stato che conculca la persona umana. Noi andiamo al cinema e vediamo dei films nei quali c'è l'apolo-

gia della violenza politica. E l'indicazione dei responsabili è la presa in giro dello Stato e di coloro che rappresentano lo Stato, a cominciare dai magistrati. Questa è la situazione che avviene in campo nazionale, e non voglio fare paralleli, ma voglio dire che dobbiamo stare molto attenti e che le parole, che ha detto l'altro giorno il collega Gouthier, devono essere confortate dai fatti, perché fino a quando lui parla e lascia scrivere quel giornaccio, allora c'è evidente contraddizione. Con ciò non si vuol togliere la libertà di stampa a chicchessia; si vuole un supplemento di responsabilità e di coscienza in tutti i partiti, per cui ogni fatto, ogni accusa va documentata e non si fomenta odii tra popolazioni, non si sollecita risentimenti tra le popolazioni seguendo purtroppo quello che è già uno stato d'animo che esiste nella popolazione di lingua italiana e che esiste nella popolazione di lingua tedesca, che sono gli uni contro agli altri, ma viceversa bisogna fare tutto quanto possibile per evitare queste cose.

Mi accorgo di essere andato un po' troppo avanti, ma avrei ancora qualche cosa da dire. Mi dispiace per i colleghi, penso che sia anche l'ultimo intervento che farò in questo Consiglio prima della fine della legislatura, intervento di un certo valore, perché queste sale ormai saranno per altre persone. Ma vorrei dire ancora qualche cosa per giustificare, come accennavo prima, la presenza dei nostri Assessori in Giunta e non voglio fare una relazione, perché quella spetterà evidentemente a loro. Basta fare qualche cenno a situazioni che sono state risolte o che sono state impostate.

Per esempio, per quanto riguarda l'Assessore all'assistenza e alla psichiatria, al commercio, vorrei citare soltanto la legge del 25 agosto 1976, che ha gettato le nuove basi del servizio di salute mentale e che è una legge che ha incontrato l'adesione di tutti i partiti e degli esponenti delle maggiori correnti del pensiero psichiatrico. Vorrei citare l'attività svolta per gli anziani, in particolare la modifica della legge n. 77, recentemente approvata e preannunciare la proposta di legge che dovrà apportare delle modifiche alla legge n. 69 sul minimo vitale. Questo minimo vitale per esempio è partito dalle 30 mila lire del 1974, quando è stata approvata la legge, ed oggi è a 100.000 lire per i capifamiglia. Gli stanziamenti sul minimo vitale, che sono partiti da 300 milioni nel 1974, sono arrivati oggi ad 1 miliardo e 300 milioni. Vorrei citare tutte le leggi, di cui la decima è in corso di approvazione, ed è la più importante, che riguarda l'attività commerciale. Vorrei ricordare i problemi delle attività scolastiche e culturali, la cui competenza è affidata al nostro collega Rella, i programmi dell'insegnamento della seconda lingua, che ormai stanno per essere tradotti

in legge. Vorrei citare le attività culturali, che prevedono un finanziamento per quest'anno di 253 milioni, di fronte ai 56 milioni dell'anno 1974. Vorrei citare anche le sale di cultura realizzate per il gruppo di lingua italiana a Laives, Ora, Bronzolo, Salsomaggiore, Egna, Brunico, Merano, Merano Maia Bassa, Merano Lungo e Vadena: 9 sedi di una notevole importanza. Vorrei citare, per quanto riguarda il settore dei trasporti, la politica dei trasporti, che effettivamente ha comportato delle novità importanti, attraverso la legge sul «leasing», la messa a disposizione in tre anni di 70 autobus, di cui 20 affidati all'ACT di Bolzano, Merano e Laives, con una spesa di circa 3 miliardi e 500 milioni; la politica della omogeneità delle tariffe nell'ambito dell'intero settore provinciale; la deviazione della ferrovia Bolzano-Merano con un importo di 2 miliardi e 800 milioni, messi a disposizione del comune di Bolzano; tutto il problema delle risorse naturali e del piano per le centrali di smaltimento dei rifiuti solidi nelle diverse località; gli impianti di depurazione delle acque; i progetti centrali da realizzarsi a Bolzano, il cui appalto è già stato fatto e che prevede una spesa di 5 miliardi, oltre ai collettori di raccolta e impianti di depurazione per le località dove gli effetti di inquinamento sono anche più gravi. Solo per San Giacomo, Laives e Bronzolo un collettore costa 3 miliardi, e così dicasi altrettanto per altri. Vorrei citare la tutela del paesaggio ed i parchi naturali realizzati e quelli che si stanno per approntare; vorrei citare per ultimo la politica industriale per poli decentrati, di cui ha parlato anche il Presidente, che ha portato le sue buone conseguenze, che di fronte ai 4 miliardi e 300 milioni del 1977, è salito ad una spesa per le leggi n. 183 e n. 672 di 30 miliardi per quest'anno, pari a circa l'8% del bilancio.

Ci sono dei motivi di insoddisfazione a conclusione della nostra analisi sulla partecipazione alla vita della Giunta, che io voglio brevemente elencare. Le tendenze occupazionali nei settori dell'agricoltura, dell'industria e del servizio terziario sono soddisfacenti. La crescita del reddito pro-capite, anche nel settore agricolo, che è il settore più povero, è soddisfacente, anche se non si è arrivati all'equiparazione del reddito pro-capite del settore agricolo con gli altri settori, però si sta lentamente avvicinando. Gli strumenti per evitare l'esodo dalla montagna sono stati messi in atto con servizi decentrati nel campo scolastico, nel campo sanitario, nel campo igienico, nel campo ricreativo, nel campo culturale. Bolzano, capoluogo e centro propulsore delle attività provinciali con prevalente caratterizzazione terziaria, ha avuto notevoli fondi messi a disposizione, in particolare anche in base all'accordo che c'è stato tra la Giunta provinciale e il comune di Bolzano, in

occasione della modifica del piano regolatore avvenuta tre anni fa.

Ha cominciato a funzionare anche il CESP, approvato nell'altra legislatura, ma costituito in questa legislatura, e c'è stata recentemente una proposta di legge, da noi presentata, che verrà esaminata nei prossimi giorni, per migliorare la sua struttura e la sua attività. È stata presentata la legge, ed approvata, sul diritto allo studio nel campo dell'assistenza scolastica. È stata presentata in questa legislatura la legge sulle scuole materne, che, anche se non ha accolto il nostro principio del pluralismo, ha tuttavia risolto il problema importante che era sul tappeto già da parecchi anni. È stata approvata anche la legge n. 21 sull'edilizia scolastica, che ha messo a disposizione 40 miliardi e che porterà certamente i suoi frutti. C'è stata la tanto contestata legge sullo sport, una legge che ci mette all'avanguardia rispetto alle altre Regioni, in questo settore. C'è stata la legge sui lavori pubblici, in sostituzione della legge n. 27, approvata alla vigilia delle elezioni del 1973, che allora non aveva incontrato la nostra approvazione. C'è stata la legge sulla formazione del personale paramedico ed ausiliario ospedaliero; la legge sull'assistenza ospedaliera, che ha dato alla Provincia tutte le competenze nel campo dell'assistenza ospedaliera. I fondi messi a disposizione per gli ospedali che ammontano, in queste tre leggi approvate negli ultimi anni, a circa 60 miliardi. È uno sforzo notevolissimo, del quale dobbiamo rendere atto e che ben poche altre Regioni hanno potuto fare. Noi mettiamo all'attivo di questa legislatura anche il progressivo aumento della quota variabile delle entrate, che per il 1978 prevede un bilancio di circa 400 miliardi, con un fondo ospedaliero che è abbondante e con un fondo per il risanamento dei bilanci comunali, recentemente concordato in base all'art. 78 dai rappresentanti della Provincia, in forma anche abbondante alle nostre necessità. Mettiamo tra le situazioni per noi positive anche la sentenza della Corte Costituzionale, che ha chiarito la questione delle scuole nelle valli ladine e la sentenza del Consiglio di Stato, che ha portato ulteriori chiarimenti su quello che è l'avvio all'insegnamento nelle prime classi delle scuole elementari.

Tra i motivi di insoddisfazione dobbiamo pur mettere al primo posto quel dibattito che c'è stato recentemente sulla proposta di legge Gouthier, che si riferisce alla proporzionale etnica da agganciare al censimento anziché ai Consigli. La partecipazione del gruppo di lingua italiana ai posti pubblici nei comuni è carente. Proprio ieri mi è passata per le mani una situazione del comune di Marlenigo, dove sono stati indetti due concorsi, uno interno ed uno esterno, per due impiegati. In quel Comune ci sono

dieci impiegati, ci sono due consiglieri comunali, e quindi spetterebbe un posto e mezzo al gruppo italiano, ma nemmeno un posto è stato messo a disposizione di questo gruppo. Si è detto che sarà per la prossima volta, ma questa è purtroppo una situazione che riguarda anche molti altri comuni. Il fatto che non si sia raggiunto un accordo sulla proporzionale etnica per i comuni, ha consentito a questi ultimi di agire senza nessuna norma e quindi ha prevalso la maggioranza, che, come sappiamo, salvo pochissimi casi è di lingua tedesca. Quindi, noi siamo insoddisfatti della partecipazione ai posti pubblici nei comuni della provincia di Bolzano e riteniamo che sia necessario che anche la Provincia stia molto attenta, fino a che non si troverà una soluzione del problema fondamentale, nel momento in cui si bandiscono i concorsi. Come pure siamo insoddisfatti della partecipazione ai posti pubblici negli ospedali di Brunico, di Silandro e di Bressanone. Nei primi due addirittura non siamo presenti, mentre all'ospedale di Bressanone siamo presenti allo stesso modo del gruppo ladino, che ha la metà della popolazione che noi abbiamo nel circondario di Bressanone. Non siamo soddisfatti sulle proposte di modifica della legge n. 25, in particolare per quanto riguarda la proporzionale etnica nei due ospedali di Brunico e Silandro e poi per quanto riguarda la posizione del personale ospedaliero in zona di parcheggio. Anche questo l'abbiamo detto chiaramente, tanto è vero che il nostro gruppo ha espresso la propria astensione sulla proposta di legge che verrà presentata tra poco in Consiglio. Non siamo soddisfatti per quella vertenza che vede discussioni notevoli tra il nostro gruppo e quello della Südtiroler Volkspartei, per l'applicazione della norma di attuazione n. 752, riferita al comune di Bolzano e riferita all'azienda elettrica, cioè l'applicazione della norma di attuazione a due enti pubblici, i quali hanno caratteristiche ben diverse dalle tradizionali caratteristiche burocratiche del personale dello Stato e della Regione, o della Provincia, e tutte le proposte che abbiamo presentato, affinché l'applicazione avvenga in modo da tener presenti determinate situazioni, non hanno finora trovato accoglimento. Tanto per fare un esempio, c'è del personale assunto quando in base agli statuti di questi enti non era previsto l'uso della lingua, perché per il personale operaio non era previsto, mentre adesso con l'applicazione della norma n. 752, art. 4, verrebbero tagliati dalle possibilità di sviluppo di carriera. Non siamo soddisfatti del ritardo nella presentazione di alcune leggi sociali, che riteniamo importanti: mi riferisco alla legge sulla droga e alla legge sui consultori familiari. Le Regioni hanno quasi ormai tutte applicato queste leggi; e noi abbiamo dovuto fare una proposta di leg-

ge per la droga, che ha evidentemente uno scopo sollecitatorio. Questa legge è stata presentata da più di un mese e non si è vista ancora la proposta della Giunta. Così dicasi nel campo dei consultori familiari. Pur comprendendo che si tratta di una situazione delicatissima, facciamo presente che ben 15 regioni su 20, più la Provincia di Trento, hanno approvato la legge sui consultori familiari e che nella nostra provincia non si è ancora vista, perché l'Assessore l'ha voluta abbinare ad una legge che riguarda il passaggio alla Provincia dell'ONMI, cosa che noi francamente non comprendiamo, perché si tratta di due situazioni molto diverse. Non abbiamo espresso la nostra approvazione sulla legge che riguardava l'esproprio dei terreni agricoli, ed è inutile parlare su questo argomento. Non siamo soddisfatti su come procedono i colloqui per esempio per quanto riguarda la sperimentazione della seconda lingua. In quella tavola rotonda, che ha avuto luogo il 6 dicembre dell'anno scorso, su proposta della Democrazia Cristiana alla quale hanno partecipato tutte le forze politiche ed anche i nostri Assessori Zelger e Rella, una delle richieste corali è stata proprio questa, cioè che non si insegni la seconda lingua nella scuola materna e nella scuola elementare, ma che si faccia una sperimentazione. Su questo punto c'è stato un ricorso al Consiglio di Stato da parte del Comune di Bolzano ed il Consiglio di Stato ha preso una decisione, che non conosciamo ancora, ma che dovrebbe essere di accoglimento. Bisogna vedere fino a che punto arriva la sentenza, ma comunque questa è una situazione che secondo noi va studiata e non tocca in nessun modo i diritti dell'uno o dell'altro, ma favorisce l'apprendimento della seconda lingua, fin dalla più tenera età, cosa della quale noi siamo veramente preoccupati. Non siamo soddisfatti della rigidità della programmazione dell'edilizia scolastica. Abbiamo avuto due casi che sono stati emblematici: quello di Fortezza e adesso quello di Egna. Chiediamo alla Giunta che si superi di un balzo queste situazioni, perché se richiedono un po' di soldi in più, questi sono ampiamente giustificati da una tranquillità posta nelle famiglie da una giusta programmazione scolastica. Se vi sono dei programmi che non sono esattamente confacenti alle esigenze del posto, si possono fare le opportune correzioni. In linea di massima, la legge sull'edilizia scolastica va bene, come pure va bene quel programma presentato dalla Commissione; si tratta di apportare quelle leggere modifiche, che consentano una tranquillità; fosse soltanto anche solo una situazione di carattere psicologico queste modifiche andrebbero fatte, senza danno per nessuno. Siamo preoccupati per il ritardo di alcune norme di attuazione, che per noi sono fondamentali: per esempio quella per l'istituzione del

Tribunale di giustizia amministrativa, che consentirebbe ricorsi in certi casi e sbloccerebbe situazioni. Invece di incancrenire nel dibattito politico, queste situazioni verrebbero presentate agli organi giurisdizionali, che deciderrebbero in proposito e questo sarebbe anche un grande vantaggio per noi, che viviamo nella vita politica. Così pure non è stata ancora presentata la norma definitiva sulla garanzia del bilancio e sul ricorso popolare, ex art. 56, e art. 92 dello Statuto, cioè il ricorso dei consiglieri alla Corte Costituzionale o al Consiglio di Stato.

Ci sono delle leggi che sono contenute nell'accordo e che non sono state approvate, per le quali noi chiediamo l'approvazione. C'è quella legge provinciale sui mezzi radiotelevisivi. Sappiamo benissimo quante difficoltà sono contenute in questa legge, però siamo i primi a dire che se prima di concludere questa legislatura si approvasse anche questa legge sarebbe un grande vantaggio. C'è quella legge che riguarda il controllo sulla precedenza ai residenti sul collocamento, che si è fermata dopo il «no» governativo. Si è fermata anche perché era collegata, penso, ad una legge che dovrebbe uscire in campo nazionale. Anche questa è una legge importante. Non è stata approvata la legge che riguarda il passaggio dell'ONMI, dell'ENALI, dell'ENAL, della Gioventù Italiana, dell'Ente per la protezione morale del fanciullo. Anche queste leggi varrebbe la pena approvarle prima che finisca la legislatura. C'era una legge, prevista dall'accordo, che riguarda l'assetto giuridico della comunità comprensionale, ed io qui non chiedo alla Giunta di approvarla, perché so benissimo per competenza in materia, quanto delicata e quanto difficile essa sia. Però c'è il problema delle comunità comprensoriali, che sono diventate comunità di valle per poter ottenere i benefici della legge dello Stato, ma che non hanno i poteri necessari e che lasciano gli stessi componenti di queste comunità in una situazione di grande difficoltà, di grande frustrazione, se così si può dire, non avendo possibilità concrete di operare. Occorre pensare che su queste comunità probabilmente poveranno un'infinità di compiti e di doveri nel campo socio-economico. Mi riferisco per esempio alle unità sanitarie locali, che saranno approvate con la legge di riforma e mi riferisco alle unità dei servizi, che dovrebbero svolgere attività nel campo assistenziale.

Ci sono inoltre due grossi problemi che sono tuttora pendenti e che non saranno probabilmente risolti definitivamente prima della fine della legislatura, ma sui quali conviene fare di tutto, perché si tratta di due problemi di carattere sociale: il problema della casa e il problema della sanità. Voi ricordate che la legge n. 13, la legge sulla casa, approvata nel maggio dello scorso anno, che fissava

i nuovi canoni e gli alloggi di parcheggio, era rimasta lungamente all'esame dell'Assessore competente della Giunta per difficoltà da parte dei sindaci e noi stessi avevamo chiesto di attendere fino a che non fosse uscita la legge sull'equo canone. Poi, però, visto che la legge sull'equo canone non veniva approvata a Roma, noi stessi ci siamo fatti parte diligente, nel febbraio del 1977, perché questa legge procedesse nel suo iter legislativo, anche perché con questa legge volevamo risolvere i problemi dei senza tetto, cioè di coloro che abitano in alloggi malsani. Questa legge è stata portata in Consiglio ed ha avuto una polemica violentissima da parte delle forze politiche di opposizione, da parte degli inquilini interessati. Come ho ricordato prima la seduta burrascosissima ad Egna con la popolazione del posto che reclamava una scuola, così ricordo più sedute burrascose fatte con gli inquilini e i concessionari di alloggi dell'IPEAA, i quali protestavano contro questa legge. In quell'occasione abbiamo trovato i colleghi del Partito Socialista e del Partito Comunista schierati decisamente dalla parte degli inquilini, che già erano proprietari, cioè avevano un alloggio e l'avevano ad un buon prezzo, e noi dalla parte opposta a rappresentare chissà che cosa, se non coloro che non avevano casa. In questa occasione, il Presidente della Giunta provinciale e l'Assessore all'edilizia popolare Benedikter hanno espressamente assicurato che la Provincia assumeva direttamente la responsabilità dell'alloggio per coloro che sono senza tetto, cioè per coloro che abitano alloggi malsani. Questo succedeva nella primavera dell'anno scorso, cioè un anno fa. Ora, nonostante le norme di questa legge e nonostante quelle contenute in un'altra legge, che poi è stata rinviata, non è stato possibile da parte dell'IPEAA acquisire un solo alloggio, per poterli dare come alloggio parcheggio. Quindi, quella situazione non è stata superata, ma quegli impegni devono essere mantenuti, perché sono stati fatti da persone che non sono abituate a lanciare promesse senza mantenerle e perché riguardano casi veramente gravi a Bolzano e a Merano, e che riguardano amministratori che si trovano in grosse difficoltà. Non solo sono sotto accusa sindaci di Bolzano e di Merano, ma sono sotto accusa perfino due componenti — è stato inviato ad essi avviso di reato — della commissione per l'accertamento dell'inabitabilità degli alloggi.

Non è stata approvata quella legge che riguarda il censimento del fabbisogno abitativo. Il nostro gruppo aveva presentato una proposta di legge, che poi abbiamo accantonato in attesa di ulteriori discussioni, ma evidentemente qui c'è una carenza e la carenza è costituita dal fatto che, contrariamente a quanto previsto dall'art. 3 della legge n. 15 del 1972,

si tiene conto solo della proporzionale etnica e non del fabbisogno abitativo di ciascun gruppo. Anche questa è una carenza notevole. Noi ci attendiamo la legge sul risanamento, che è stata prevista per le città, oltre che per la campagna e per i luoghi disagiati, come era prima. L'Assessore competente ha detto che desidera che sia approvata la legge in campo nazionale, anche perché questa porterebbe certe agevolazioni di carattere fiscale, che sono importanti nel campo del risanamento. Anche questa è una cosa che è molto urgente. Nell'ultimo piano CER, che prevedeva l'assegnazione di 695 alloggi, siamo rimasti veramente preoccupati nel vedere come in qualche caso c'era la difficoltà di assegnare alloggi a determinati paesi, perché non c'erano le infrastrutture necessarie. Mi riferisco a Brunico, a Bressanone, a San Candido, a Salorno, tanto per fare alcuni nomi. Questo cosa vuol dire? Vuol dire che le zone di espansione per l'edilizia popolare, che pure tutti i comuni hanno fatto, non sono sufficienti in molti casi anche importanti, perché si tratta di centri grossi. Parlo di Brunico e Bressanone, dove ci sono veramente delle difficoltà abitative. Non sono state disposte tuttavia ulteriori zone di espansione da parte dei comuni. Dirò di più, le 18 cooperative assegnate per il gruppo di lingua italiana nel recente bando per i mutui edilizi non hanno una sede dove poter costruire, perché il comune di Bolzano ha incrociato le braccia ed ha detto che non ha terreni a disposizione. In questo modo i beneficiari delle cooperative hanno chiesto di poter utilizzare un mutuo individuale, che non è stato possibile fare; oppure si sono rivolti a determinate imprese di costruzione per chiedere se queste imprese erano disposte a costruire un complesso di 20 o 30 appartamenti, riservando eventualmente 12 alloggi per le cooperative. Queste imprese hanno risposto affermativamente, ma con dei prezzi che sono assai superiori sia alle possibilità di questi assegnatari, sia alle norme stabilite dalla legge che prevede un costo non superiore ad una certa cifra. C'è ancora il problema dei piccoli risparmiatori. Abbiamo sentito con vivo interesse quanto ha detto la signora Franzelin-Werth, che segue con molta passione questo argomento e lo segue anche con competenza tecnica notevole, perché presenta delle proposte concrete, che noi pensiamo possano essere approvate e condivise. La cooperazione nel campo della casa è importantissima. Tra il resto diminuisce la crisi di alloggi e consente all'IPEAA di dedicarsi a quelle costruzioni per coloro che non hanno altre possibilità. Vorrei ricordare anche che nell'ultimo concorso, che risale al luglio del 1976, non c'è stata una grande partecipazione di persone di lingua italiana e di lingua tedesca, in particolare di lingua italiana, così che siamo scesi a delle cifre

bassissime, mai raggiunte. Prima bisognava avere almeno 28 o 30 punti per poter ottenere un mutuo edilizio da parte del gruppo di lingua italiana, e da parte del gruppo di lingua tedesca anche un po' di più; questa volta invece siamo scesi anche sotto i 20 punti, perché in un momento di crisi come questo non tutte le famiglie si imbarcano in un mutuo assai gravoso e che, sommato alle spese per i condomini, che oggi sono alle stelle, porta ad una cifra che si aggira sulle 150 mila lire al mese, per cui non tutti possono sostenere questa cifra.

Un'ultima cosa a proposito della casa: vorrei dire che quella misura contenuta nel programma che riguardava misure adeguate per lo sgombero delle case semirurali, va molto a rilento e noi siamo preoccupati, perché nella città di Bolzano occorrono misure straordinarie. Difatti, ricordo benissimo che quando si era fatto quell'accordo, nel febbraio del 1973, si diceva facciamo e promoviamo delle azioni di carattere straordinario per arrivare allo sgombero di questi alloggi e per poi ristrutturare il tutto. È stato approvato il piano di ristrutturazione, ma tutto va avanti molto lentamente, perché bisogna naturalmente portare queste famiglie in altre abitazioni, fintanto che non sarà costruito il nuovo palazzo.

Ultimo tema, la sanità: ho già detto le nostre attese e le nostre delusioni per quanto riguarda la modifica alla legge n. 25, che sarà presentata tra poco. Vorrei parlare a lungo sulla situazione ospedaliera, ma non lo faccio. Cito soltanto un servizio che recentemente ho letto in un rotocalco, che è il maggior rotocalco che esiste in Italia, nel quale risulta che la nostra situazione è addirittura idilliaca rispetto alle situazioni di tutte le altre parti d'Italia. Questo per dire che anche tutte le polemiche che vengono fatte sulla situazione ospedaliera, devono essere misurate a quello che è un problema di carattere nazionale e che riguarda i medici, il personale paramedico e i fondi per le costruzioni e per le attrezzature. Mentre per i fondi e le attrezzature noi ci siamo messi ad un giusto livello, viceversa soffriamo gli stessi mali che soffrono tutti gli ospedali del Paese per quanto riguarda il personale medico e paramedico. Noi attendiamo ancora il programma ospedaliero: quando si parla di fondere un talc ospedale con un altro, noi non diciamo di no, diciamo soltanto che questo va fatto in sede di programmazione ospedaliera, e che è molto importante aver stanziato circa 60 miliardi per le costruzioni dei nuovi ospedali, per la riparazione e per l'attrezzatura, ma che occorre regolare questa materia con una legge di programmazione ospedaliera. Questa legge si è cominciato ad esaminarla due anni fa ed è rimasta ancora nel cassetto. Soltanto allora potremo avere la prospettiva e potremo, come vien fatto

in altre regioni, concentrare in un ospedale a carattere regionale solo le grosse specialità, lasciando alla periferia tutte le altre specialità generiche ed eventualmente fondere o chiudere un ospedale per allargare gli altri. Questa è una situazione, come del resto quella che riguarda la casa, in cui la Provincia ha fatto veramente cose importanti, ma c'è ancora molto da fare.

Chiudo il mio discorso e ringrazio tutti della pazienza che hanno avuto nell'ascoltarmi.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al consigliere Neuhauser, che sarà l'ultimo della giornata, vorrei invitare coloro che hanno in mente di intervenire a volersi iscrivere.

La parola al consigliere Neuhauser.

NEUHAUSER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Ich habe vor, nur drei Punkte herauszugreifen, bei denen ich besondere Wünsche an die Landesregierung anzumelden habe. Es sind dies die Probleme des Handels, der Wirtschaft und der Behinderten. Ich wollte mit den Problemen des Handels beginnen, aber in dem Fall lege ich wert darauf, daß auch der Herr Landeshauptmann anwesend ist. Ich beginne deshalb mit dem Problem der Behinderten.

Sie alle wissen, daß ich schon bei der letzten Bilanz dieses Problem angeschnitten habe und mich für die Behinderten eingesetzt habe. Ich weiß und bewundere die Anstrengungen, die die Landesregierung im sozialen Bereich leistet. Der Umstand, daß 80 Milliarden von den 400 Milliarden Lire der Landesbilanz diesem Sektor zufließen, widerspricht mehr als deutlich all jenen, die es nicht lassen können, der Südtiroler Landesregierung im allgemeinen und der Südtiroler Volkspartei im besonderen vorzuwerfen, daß sie für soziale Probleme nichts übrig habe. Man möge uns zeigen, wo mehr Einsatz für soziale Probleme geleistet worden ist. Das heißt nicht, daß über den Problemen des geförderten Wohnbaus, des Schulhausbaues, der Krankenhäuser, der Ärzte und des Pflegepersonals, der Kindergärten, der Altersheime, der Nervenkranken und vieler anderer nicht alle Probleme gleichzeitig gelöst werden konnten, daß man mit Provisorien gearbeitet hat, wie das gerade auch bei den Behinderten der Fall war und leider bis jetzt noch ist. So muß man zugeben, daß dieses Problem noch nicht gelöst ist und daß die Eltern und Betreuer berechtigterweise darüber enttäuscht sind und mit Ungeduld auf diese gesetzlich fundierte Regelung warten. Eltern von Schwerbehinderten sind persönlich mit den größten Opfern belastet, die man sich vorstellen kann. Die Frage, warum gerade sie das Unglück haben, ein Kind zu haben, das die Glieder nicht selbst

bewegen kann, Kinder zu haben, die geistig unbeweglicher sind als andere Kinder; Kinder, die mongoloide Schädigungen oder andere schwere Schäden haben, diese Frage kann ihnen ohnehin niemand beantworten. Verzweifelt versuchen sie es bei allen möglichen Ärzten oder Krankenhäusern, um schließlich zu sehen, daß nur eine gymnastisch-psychologische Betreuung durch ausgebildetes und doch sozial-ideal ausgerichtetes Personal erste kleine Erfolge bringt. Die ständige, liebevolle Beschäftigung mit diesen Behinderten läßt in diesen langsam das Bewußtsein wachsen, daß auch sie etwas können, daß auch sie einen Wert haben. Und damit beginnt die eigene Mitarbeit, die Hoffnung, die eigene Behinderung durch besondere Anstrengung überwinden zu können. Wollen Sie daher, bitte, verstehen, daß es wohl sehr verschiedene Ansichten gibt, wie man die gesetzliche Regelung des Rechtes auf Betreuung und die Sicherung des Personals angeht, aber daß man ungeduldig verlangt, daß die Landesregierung diese Regelung endlich herausbringt. Dies muß die Landesregierung akzeptieren. Ich weiß, man hat sich verpflichtet, diesen Gesetzentwurf bald vorzulegen. Ich selbst habe Sie dazu aufgefordert und gesagt, daß diese Regelung auch dann kommen muß, wenn man sich in der Frage der Betreuung der Behinderten im Schulalter nicht sollte einigen können. Allerdings sage ich gleichzeitig, daß auch die Schulintegration bewältigt werden muß. Natürlich wäre die gleichzeitige Regelung besser. Ich habe gestern, bei einer Aussprache, erfahren, daß die Standpunkte nicht mehr sehr weit auseinander wären. Vielleicht wäre ein besonderer Einsatz der Schulassessoren ausreichend, um das Gesetz als Ganzes vorzulegen. Daß die kleine Gruppe von Eltern und Betreuern ein Recht darauf haben, daß die Gesellschaft Südtirols ihre Opfer mitträgt, muß anerkannt werden. Daher meine Bitte, Ihre Aufgeschlossenheit für alle sozialen Probleme sollte auch, und gerade bei der nun bevorstehenden Regelung, für die Behinderten ihren Niederschlag finden.

Ich habe bei vorhergehenden Bilanzdebatten versucht, klarzumachen, daß der Handel ein wichtiger Wirtschaftssektor ist, der 28.000 Beschäftigte hat. Ich habe auch versucht zu sagen, daß die Beschäftigten im Handel in der Regel zufriedene Arbeitnehmer und Mitarbeiter sind, und daß deshalb der Handel ein Anrecht hat, mindestens gleich viel Aufmerksamkeit für sich zu beanspruchen wie die übrigen Wirtschaftszweige. Ich möchte besonders beklagen, daß die einzige Zuwendung, die die Landesverwaltung für den Handel hat, fünfprozentige Zinszuschüsse auf Umbauten oder Neubauten sind. Wenn man aber sieht und weiß, Herr Landeshauptmann, daß man für diese Umbauten die Limits für die Investitionssumme seit 1973 gleichgelassen hat, und

daß diese Investitionssumme auf 40 Millionen für Mauerarbeiten, 15 Millionen für Einrichtungen für Geschäfte begrenzt ist, dann müssen Sie verstehen, daß das heute in keiner Weise auch nur annähernd eine gerechte Förderung darstellen kann.

Der zuständige Assessor für den Handel hätte deshalb vorgeschlagen, die Investitionssumme, die den Zinszuschuß bekommen soll, die 40 Milliarden für Mauerarbeiten auf 45 Millionen, und die 15 Millionen für Einrichtungen auf 25 Millionen Lire zu erhöhen. Bei den Magazinbauten, also beim En-gros, soll die Investitionssumme von 100 Millionen auf 200 Millionen angehoben werden. Dazu muß ich sagen, meine sehr geehrten Kollegen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Assessoren: wenn man in anderen Sparten gerechter ist, so muß man versuchen, auch für diese Sparte gerechte Voraussetzungen zu schaffen. Wenn man im Handel schon keinen Investitionskredit hat, wie das im Handwerk und in der Industrie vorgesehen ist, wenn also nur Zuschüsse möglich sind für Umbauten oder Neubauten, dann müßten die Summen, für die der Zuschuß gegeben wird, einfach normalere Ausmasse aufweisen. Wenn im Handwerk der Kredit bis 500 Millionen Lire geht, und für ein Detailgeschäft bisher nur bis 55 Millionen, für die man einen Zuschuß erhalten kann, dann, glaube ich, sind hier Relationen, die nicht aufrechterhalten werden können. Nun sieht das Kapitel 3840 für diese Zinszuschüsse für den Detailhandel 120 Millionen Lire vor. Dieser Betrag müßte unbedingt verdoppelt werden, denn sonst kommt man nicht einmal auf die 75 Millionen für Mauerarbeiten und 25 Millionen für Einrichtungen, die einen Zinszuschuß erhalten können. Ich wende mich deshalb an Sie, Herr Landeshauptmann, weil in der Landesregierung der eine oder andere Landesassessor scheinbar Bauchschmerzen hat, daß dieser Wirtschaftszweig etwas mehr Geld bekommen soll. Ich glaube, der Umstand, daß 120 Millionen Lire verdoppelt werden müssen, damit diese kleine Erhöhung der Grundlage für den Zinszuschuß herauschaut, dürfte doch nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten. Ich würde daher nicht nur den Assessor für den Handel, der dies sowieso vorbringt und unterstützt, sondern ich würde in diesem Falle Sie als Landeshauptmann darum ersuchen, bei der Erhöhung dieses Bilanzkapitels im Landesaus-schuß die Differenzen auszuräumen.

Die zweite Frage, die wir im Handel haben, ist die der Lehrlinge. Diese Frage schneide ich nicht zum ersten Mal an. Aber neu ist vielleicht, daß ein Vorschlag vorliegt, den die Kaufleutevereinigung des Vinschgaus formuliert und der dann in einer Neufassung, aber mit den Grundsätzen von dort, von der Kaufleutevereinigung auf Landesebene übernommen worden ist. Es ist die Forderung, das

Lehrlingswesen nicht nur im Handwerk zu regeln, sondern auch dem Handel wieder ein Lehrlingswesen zuzugestehen, das eine Voraussetzung für eine gediegene Ausbildung gewährleisten kann. Die Forderung heißt: die vom Kollektivvertrag von drei Jahren auf 18 Monate reduzierte Lehrzeit wieder auf die drei Jahre zurückzubringen. Es ist sicher zu begrüßen, daß in Südtirol wenig Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Aber man muß auch zugeben, daß seit zwei Jahren immer mehr Eltern Arbeitsplätze für ihre ausschulenden Kinder suchen. Diese werden noch nicht als Arbeitslose gemeldet, weil sie ja noch keinen Arbeitsplatz hatten. Sie sind aber Arbeitssuchende. Sicher hat der Kollektivvertrag für den Handel bei den Lehrlingen zu hohe Gehaltssummen vorgesehen, die sich kaum vom Anfangsgehalt der Verkäufer unterscheiden. Außerdem haben die Gewerkschaften, mit Blick nur auf den Supermarkt, bei dem sie sich gesagt haben, daß es keine besondere oder gediegene Ausbildung brauche, die Lehrlingszeit von drei Jahren auf achtzehn Monate reduziert, was sicher weder der Kategorie des Handels noch dem Ausbildungswert des Lehrlings zugute gekommen ist. Und jede Anregung, junge Leute aufzunehmen, wurde hiermit ausgeschaltet. Ich stelle mich daher hinter die Forderung des Landesverbandes der Kaufleute Südtirols, die Landesregierung möge die Lehrlingszeit im Handel wieder auf drei Jahre zurückbringen. Da an der Höhe der Lehrlingsentschädigung sich dadurch ja nichts ändert, würden die Lehrlinge keine finanziellen Nachteile haben. Die Landesregierung würde aber dadurch, daß sie die Soziallasten wieder für drei Jahre übernehmen würde, den verlorengegangenen Anreiz zur Anstellung von Lehrlingen wiederherstellen und mehr junge Menschen hätten wieder Möglichkeiten, oder wenigstens mehr Möglichkeiten, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Einen letzten Wunsch in dieser Richtung richte ich an den Landesrat Zelger. Durch eine kleine gesetzliche Änderung müßte es möglich sein, daß solche Arbeitssuchende, junge Leute, die auf einen Lehrplatz warten, doch die erste Klasse Berufsschule besuchen könnten. Wenn sie doch in der Zwischenzeit daheim arbeiten müssen, also bis sie den Arbeitsplatz bekommen, dann wäre doch einiges getan, wenn sie wenigstens das erste Jahr Berufsschule besuchen könnten, ohne daß sie, wie dies bisher geschehen ist, zu Weihnachten nach Hause geschickt werden, wenn sie den Arbeitsplatz nicht nachweisen können.

Ich habe noch zwei Probleme herausgegriffen, die die Wirtschaft im allgemeinen betreffen, weil mir scheint, daß auf diesen zwei Gebieten nicht nur im Bericht des Herrn Landeshauptmannes zu wenig darauf eingegangen worden ist, sondern weil

diesen zwei Problemen vielleicht überhaupt nicht die Bedeutung beigemessen wird, die diese beiden Gebiete meines Erachtens verdienen. Die Wirtschaft lebt von der Einsatzwilligkeit und Einsatzfähigkeit der Unternehmer und von der Einsatzwilligkeit der Belegschaft. Aber die Wirtschaft hat noch zwei Nabelschnüre, von denen sie lebt, und die, so will mir scheinen, viel zu wenig Beachtung finden: zu wenig Beachtung in der öffentlichen Meinung, zu wenig Beachtung aber auch in der Südtiroler Landesregierung. Es sind dies die Energieversorgung und die Kreditversorgung. Bei der Energieversorgung hat Landesrat Benedikter eine Regelung von Rom heimgebracht, die von Kennern der Verhältnisse so positiv nicht für möglich gehalten wurde. Daß man nun aber die Übernahme der ENEL-Stromverteilung ausschließlich von der Regelung der Verrechnung des Wärmezuschlages abhängig macht, scheint mir zwar berechtigt, aber ob es nützlich bleibt, wenn wir die Verbesserung der Stromversorgung um Jahre verzögern, weiß ich wirklich nicht. Es scheint mir sehr wichtig, daß inzwischen zumindest alle Anstrengungen gemacht werden, um die eigene Stromerzeugung von Gemeinde- und Privatwerken massiv zu fördern. Sich nur darauf zu verlassen, daß uns die ENEL vertraglich den Strom zur Verteilung geben muß, scheint mir nicht nur nicht ausreichend, sondern gefährlich zu sein, denn, wenn einmal in italienischen Städten der Strommangel ausbricht, und dies wird nicht lange auf sich warten lassen, dann wird die ENEL auch uns nicht beliefern, weil wir dann sicher einen Vorzug haben, im Gegenteil. Sechs Milliarden sind wohl auch in den Augen der Landesregierung ein nicht ausreichender Betrag, wenn man weiß, daß die ganze Wirtschaft und somit auch die Arbeitsplätze von der Energieversorgung abhängen.

Kreditwesen. Der zweite Lebensstrom für die Wirtschaft ist das Kreditwesen. Es wäre undenkbar, daß Wirtschaft ohne ausreichende Möglichkeit, jederzeit Geld aufzunehmen, funktionieren könnte. Ein großer Teil der Krise im italienischen Staat, aber auch in der übrigen Welt, ist darauf zurückzuführen, daß die plötzliche, unnatürlich hohe Preissteigerung beim Erdöl von den Kreditapparaten nicht bewältigt werden konnte. Die öffentliche Hand aller Länder mußte so tief auf Kreditaufnahme zurückgreifen, daß für die Wirtschaft nur mehr minimale Quoten übrigblieben und die Zinssätze so hochschnellten, daß Investitionen nur mehr für ganz wenige Betriebe und Sparten noch tragbar geblieben sind. Ohne Investitionen gibt es aber auch keinen wirtschaftlichen Aufschwung. Die wirtschaftliche Schrumpfung läßt sich aus diesen Gründen so unendlich schwer in einen neuen Aufschwung umwandeln. Die Landesregierung hat einen wesent-

lichen Beitrag zur Entlastung der Kreditknappheit dadurch geleistet, daß sie nun schon seit Jahren ausgeglichene Bilanzen vorlegt. Und wohl als einzige öffentliche Institution hat sie versucht, den Kreditapparat nicht zusätzlich zu belasten und dadurch etwas Spielraum für die Wirtschaft freizumachen. Nur wird das auf die Dauer nicht ausreichen. Die Landesregierung hat sich beim vorigen Haushaltsvoranschlag entschlossen, 4 Milliarden für den Mediocredito vorzusehen, um diese zinsbegünstigten Kredite auch für die Betriebe Südtirols zugänglich zu machen. Leider hat man im Verlauf des Jahres dringende Ausgaben mit den für den »Mediocredito« vorgesehenen Mitteln abgedeckt. Nun sieht man im vorliegenden Kostenvoranschlag wieder einen Betrag vor. Ich frage mich nur, ob man nicht auch heuer

wieder letztlich zu Umbuchungen kommen wird. Dr. Benedikter hat erreicht, daß die Bankinstitute den vorgeschriebenen Ankauf von Staatspapieren nun auch durch Ankauf von Obligationen des »Mediocredito« ableisten können. Was mir bei den Bilanzplänen der Landesregierung noch fehlt, ist, daß die zwei Milliarden Lire für den Ankauf von staatlichen Anteilen am »Mediocredito« nicht vorgesehen sind. Ich möchte der Landesregierung dieses Problem im Interesse der Industrie Südtirols und der gesamten Wirtschaft dringend nahelegen.

PRESIDENTE: La seduta è tolta. Il Consiglio riprende i suoi lavori domani mattina alle ore 9.30.

ORE 18.00 UHR